

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 4.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf.
Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.
Geschäftsinferate pro Spalte, Zeile oder deren
Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 18. Februar 1905.

Verlag:
A. Sohrberg, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

Bekanntmachung.

Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Sichtzähreien und Seifenfabriken beschäftigten Sieder, Arbeiter und Arbeiterinnen soll eine Erhebung veranstaltet werden. Zu diesem Zwecke sind Fragebogen angefertigt, die den Bevollmächtigten der Orte, an denen sich Seifenfabriken befinden, zugesandt werden. Die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner wollen daher umgehend die Fragebogen bestellen und der Erhebung die größte Aufmerksamkeit widmen, damit ein brauchbares Material gewonnen wird.

Die **Zahlstelle Höchst** hat die Zustimmung erhalten, pro Woche und Mitglied einen Extra-Beitrag von 10 Pf. zu erheben.

Der Hauptvorstand.
J. A.: Aug. Breg.

Zu alt.

Ein folgenschweres Wort in unserer Zeit, wenn es erschallt
In der Fabrik, dich trifft im Arbeitskleid:
„Du bist zu alt!“
Kennst du dein Bos, du alternder Gesell,
du Proletar? —
Die junge Kraft setzt man an jene Stell,
Die dein einst war!

Wenn wir uns die Stellenangebote auf dem Arbeitsmarkt betrachten, wenn wir freiwillig oder gezwungen irgend ein Arbeitsnachweisbureau besuchen, so wird uns immer auffallen, daß meist nur Nachfrage nach jungen Arbeitskräften ist, während tüchtige ältere Männer wochen- und monatlang arbeitslos sind, ehe sie wieder irgendwo unterschlupfen können, ja, es ist unbetrittene Tatsache, und mancher mag dies vielleicht schon am eigenen Leibe verspürt haben, daß selbst Beuten im besten Mannesalter oft der Bescheid zuteil wird: Sie sind zu alt, wir suchen jüngere Arbeitskräfte.

Die „grünen Jungen“, wie man seitens der arbeiterfeindlichen Bourgeoisie mit elender Brutalität die jungen Proletarier beschimpft, sind die Lieblinge der profitungrigen Unternehmerwelt, und die „alten, gefeierten, ruhigen und besonnenen“ Arbeiter werden als ausgepreßte Zitronen entlassen, weil sie keine vollen Arbeitskräfte mehr sind. Eine besondere Lieblingbeschäftigung scheint dieses Vorgehen für die junge Unternehmerwelt, für die „neuen Herren“ zu sein, die sich ohne eigene Leistung in das warme Nest setzen, das ihnen ihre Väter auf Kosten der Arbeiter errichtet haben. Manche alte Unternehmer, die von unterster Stufe in die Höhe gekommen und mit ihren Arbeitern oft in einem Alter stehen, mögen denselben gegenüber nie und da ein menschliches Empfinden haben und ihnen weiter Arbeit gewähren; der schneidige Reserveleutnant aber, der in der Regel der neue Herr ist und der in der Arbeiterschaft nur das Paß, die Kanaille erblickt, welche die Pflicht und den einzigen Lebenszweck hat, ihm den Profit zu erarbeiten, kennt solche Sentimentalitäten nicht. Für ihn sind die alten Arbeiter, denen er des öfteren zu großer Dankbarkeit verpflichtet wäre, da sie bei fleißiger, aber schlecht entlohnter Arbeit arm geblieben, während sein Vater als ihr Arbeitgeber reich geworden ist, nur „die alten steifen und faulen Hunde“, die bei erstbestem Gelegentheit fortzuwerfen, um durch vollwertige jüngere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. In zahlreichen Fällen handeln jedoch auch die alten Fabrikanten mit gefühlloser Rücksichtslosigkeit selbst so gegen ihre alten Arbeiter; in anderen Unternehmungen, die vom Einzelbesitz in Aktienbesitz übergegangen und in den Aktienunternehmungen überhaupt besorgen hoch bezahlte Fabrikdirektoren ohne die geringsten Gewissensstrupeln das Hinauswerfen der alten Arbeiter.

Das wissen wir Proletarier auch nur zu gut, und darum denkt man so manches mal mit Schrecken an das dem Alter bevorstehende Schicksal der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, der Armenunterstützung und des Armenhauses, und dieser Gedanke an zukünftige Not schwindet auch nicht, wenn man sich der paar Mark Invaliden- oder Altersunterstützung erinnert. Das Bos des alten Arbeiters ist in seiner ganzen Tragik auch von bürgerlichen Elementen, die für die Verhältnisse ihrer Mitmenschen ein offenes Auge haben und sozial denken und fühlen, erkannt und gewürdigt worden. So sagt darüber der anonyme ärztliche Verfasser des Buches von der Not des vierten Standes:

„Schlimm sind auch die alten Arbeiter daran, wenn sie erkranken und schwach werden. Mit ergreifender Ausdauer und Standhaftigkeit suchen sie ihren Körper immer wieder zur gewohnten Arbeit zu zwingen, wenn sie auch an Händen und Füßen zittern, halbtäub und steif sind. Die Not zwingt sie dazu; die Furcht, ihre Arbeit zu verlieren, ist groß, denn diese ist ihre einzige Erwerbsquelle. Vielfach werden sie noch für „Drückberger“ gehalten; die Krankenliste sucht sie los zu werden, da sie immer kränkelnd und deshalb zu viel Kosten verursachen.“

Es muß zugegeben werden, daß derart geschwächte Arbeiter nicht mehr voll leistungsfähig sind, und in den modernen Produktionsprozeß nicht mehr hineinpassen. Es sollte aber auch nicht mehr nötig sein, wenn sie ein arbeitsreiches Leben im Dienste eines Unternehmers, indirekt im Dienste der ganzen menschlichen Gesellschaft gebracht haben, daß sie mit ihrer verminderten Arbeitskraft noch der Lohnarbeit nachgehen; die Gesellschaft sollte ihnen einen sorgenfreien, angenehmen Lebensabend gewähren und in dieser Form die Schuld an ihre nützlichsten Mitglieder abtragen. Die Unternehmer setzen sich häufig schon im rührigsten und besten Alter zur Ruhe, um in aller Beschaulichkeit zu leben und das Leben noch in vollen Zügen zu genießen; ihren Arbeitern aber steht ein Ende des Lebens mit Schrecken in sicherer Aussicht. Tausende und Hunderttausende elender Schmarotzer, die sich mühselos auf Kosten der Gesundheit bereichern und ein Leben voller Freuden und Vergnügungen führen, gehen von dem süßen Honig, den die fleißigen Arbeitsbienen produziert haben; Tausende öffentlicher Beamter, Offiziere usw. werden oft schon in fast noch jungen Jahren, strotzend von Kraft und Gesundheit, auf Kosten der Gesamtheit pensioniert, der alte Arbeiter aber muß weiter Tag für Tag in die Tretmühle der Lohnarbeit, bis er zusammenbricht.

Ach ja, bald hätten wir es vergessen, daß ja auch für Arbeiter vorgesorgt ist. Hochgepriesene und gefeierte Unternehmer haben für ihre Arbeiter Pensions-, Alters- und Invaliditätskassen errichtet und es wird von kapitalistischer Seite mit Stolz berichtet, daß daraus wirklich auch alte Arbeiter, ja sogar auch hinterlassene Witwen und Waisen unterstützt werden und daß es daher nicht bloße Paradelassen sind.

Aber welche „Pensionen“ gewähren diese in der Hauptsache von den Arbeitern selbst zwangsweise unterhaltenen Kassen? Bis 200, 300, 400 Mark pro Jahr nach langen, langen Jahren, nach 40 bis 50 Dienstjahren und im Alter von kaum unter 70 Jahren. Mit denselben Beträgen, welche während so langer Zeit den Arbeitern vom Lohne abgezogen werden, könnten sie sich auch bei Rentenversicherungen, aber unter Wahrung ihrer vollen Unabhängigkeit von jedem „wohlfahrtsfanatischen“ Unternehmer, solche Alterspensionen sichern.

Die Alters- und Pensionskassen der Unternehmer, die nichts anderes als wohlberechnete Mittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung einer wahnsinnigen industriellen Feudalherrschaft sind, durch die die Arbeiter veranlaßt werden, ihr Erstgeburtsrecht der Organisation und des sozialen Vorkampfstrebens gegen das Vinsengericht einer äußerst zweifelhaften Alterspension hinzugeben, werden sogar nicht selten zum Verhängnis für die älteren Arbeiter. Spricht doch selbst ein Großindustrieller eines wegen seiner Wohlfahrts-einrichtungen vielgerühmten Industrieriesbezirks von „Päulen“ gegenüber den älteren Arbeitern vieler Fabriken, wenn sie bald die Berechtigung zu den ihnen nach gewisser treuer Dienstzeit versprochenen Pensionen hätten. Es gehe die Rede, Meister und Aufseher plagten während der letzten Jahre jene armen Invaliden nach harter, lebenslänglicher Arbeit so, daß die meisten derselben auf die ihnen in Aussicht gestellte Vergünstigung lieber Verzicht leisteten, als sich noch länger den Schikanen auszusetzen.“

Die Pensionskassen der Unternehmer sind also geeignete Mittel, die alten Arbeiter noch fester an die Straße zu werfen, als es vielleicht ohne diese vielgerühmten Wohlfahrts-einrichtungen der Fall sein würde, und das noch trotz jahrzehntelanger Beitragsleistung und bewährter Sklaventreue gegenüber den Ausbeutern.

Das Alters- und Invaliditätsgesetz ist gleichfalls derart beschaffen, daß die daraus gewährtesten Unterstützungen „zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel“ sind. Dies Gesetz bedarf eines umfangreichen

Ausbaues, ehe es eine wirklich segensreiche Einrichtung für die Arbeiter wird.

Wer die Verzweiflungsausbrüche der dem Hunger und Elend preisgegebenen Veteranen gehört, wenn ihnen immer wieder das Wort: „Zu alt“ entgegenschallt, der wird mit uns ausrufen: Wahrscheinlich, wir leben in einer Welt des Unrechts und der Vernunftwidrigkeit, das darf nicht so bleiben. Nein, tausendmal nein! Vereint wollen wir ein besseres Bos erlämpfen, vereint wollen wir dafür sorgen, daß es keine „zu alten“ Arbeiter mehr gibt, sondern daß Einrichtungen getroffen werden, die den Veteranen der Arbeit einen ruhigen, heiteren, von Not und Qual befreiten Lebensabend garantieren.

Die Fischindustriellen und der Arbeiterschutz.

Die Abteilung für Arbeiterstatistik hat am 25. und 26. Januar Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie Arbeitgeber der Fischindustrie im Reichsamt des Innern vernommen. Der Zweck der Vernehmung war, die Arbeitsverhältnisse in den Fischindustriellen Betrieben zu erforschen, um, gestützt auf das Ergebnis der Erforschung, die Arbeitszeit einer Regelung zu unterziehen. Die Erfragung ist nicht zurückzuführen auf eigenen Drang der Regierung, sich sozialpolitisch im Interesse einer unter ungünstigen Verhältnissen tätigen Arbeiterschaft zu betätigen; vielmehr gab den unmittelbaren Anstoß das in Frage kommende Unternehmertum, dem die jetzt mögliche Ausnützung der Arbeiterinnen als nicht profitabel genug erschienen ist. Sie erachten es als eine schwere Schädigung der Fischindustriellen Betriebe sowohl als auch der Arbeiterinnen (1), daß letztere nicht in der Nachtzeit von 8¹/₂ Uhr abends bis 5¹/₂ Uhr morgens und am Sonnabend, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5¹/₂ Uhr nachmittags beschäftigt werden dürfen, und wollen demgemäß, daß folgendes Gesetz werde:

„Arbeiterinnen dürfen in Fischindustriellen Betrieben an gewöhnlichen Wochentagen, sowie an Sonnabenden und an Vorabenden der Festtage nicht in der Nachtzeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens beschäftigt werden.“

Dann soll gemäß § 138a der Gewerbeordnung den Herren Heringslängern das Recht eingeräumt werden, an 40 Tagen des Kalenderjahres die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 13 Stunden vorzunehmen. Diese 40 Tage sollen dann ganz in das Belieben der Herren gestellt werden, weil es sich häufig erst in den letzten Abendstunden übersehen lasse, ob eine Ueberarbeit stattfinden müsse. Werden diese Anregungen einer vom Drange nach riesigen Gewinnen befehlten Unternehmerschaft Beachtung finden bei dem Bundesrat, dann bedeutet das eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der in der Fischzubereitung, in der Räuchererei und Mariniererei tätigen Personen. Für letztere wird die Arbeitszeit nicht unwesentlich verlängert, an Stelle der Tagesarbeit tritt die den Unterhalt des einzelnen Arbeiters verteuernde, das Familienleben zerrüttende, die Gesundheit zerschörende Nachtarbeit. Es ist daher auch nur ganz natürlich, daß unsere in der Fischindustrie tätigen Kollegen und Kolleginnen gegen diese „arbeiterfreundlichen“ Bestrebungen ihrer „Verdienstsnehmer“ auf das nachdrücklichste protestiert haben. Diese Proteste, von geschundenen, gedrückten Arbeitsjungen herrührend, werden, so hoffen wir wenigstens, bei einer das Wohl aller im Auge habenden Regierung dieselbe Beachtung finden, wie die Damentationen der ökonomisch und wirtschaftlich gut situierten Unternehmerschaft aus der Heringspöckerei.

Bis zum Jahre 1902 herrschten in den Fischzubereitungsanstalten die ungünstigsten Zustände: Unregelmäßige Arbeitszeit, unmenschlich lange Tagesfron, ungenügende Bezahlung, sanitäre Mißstände: wie mangelnde Reinigung der rassen und schmutzigen Arbeitsplätze, unwürdige Behandlung durch Unternehmer und Vorgesetzte.

Diese machten sich an, den Arbeitern die Zugehörigkeit zu unserer Organisation zu wehren, sahen nach, in was für Papier das lange Maß eingeschlagen war, um so zu erschnüffeln, welche geistige Kraft die Arbeiter zu sich nehmen. Kurzum, sie kümmerten sich um Dinge, die, weil es Privatangelegenheiten der Arbeiter waren, sie garnichts angingen, ließen es an

jeder Fürsorge für das leibliche Wohl der Arbeiter fehlen, schwangen sich aber aus ihrem Herrnbemühtsein heraus zu einem um so größeren Aufwand an Bevormundung der Arbeiter auf. Das konnten sie, denn der Ausnutzung der Arbeitskraft waren keinerlei Schranken gezogen. Daß dabei das Unternehmertum außerordentlich günstig gestellt war, vorzüglich verdiente, seinen Reichtum mehrte, seine Betriebe technisch vervollkommnete, ist durch die Erfahrung bewiesen. So jung die Fischindustrie ist, so rapid ward ihre Entwicklung und so groß ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Anlagen und Konsum sind in ungeahnter Weise gestiegen, das sind aber die Beweise dafür, daß die Fischverarbeitung äußerst rentabel — für die Fischindustriellen gewesen. Nur lärglich wurde den Arbeitern und Arbeiterinnen die Bezahlung für die schwere, ungesunde, schmutzige Arbeit zugemessen. Diese fingen daher an sich zu regen, sie schlossen sich der Organisation an. Sie verweigerten die Arbeitsleistung, als die Ausbeutung einen Grad erreicht hatte, der unerträglich schien. Diesem ist es dann zu danken, daß man den Fischindustriellen etwas mehr auf die Finger sah. Nach eigenem Eingeständnisse des Vereins der Fischindustriellen Deutschlands haben sich früher die Gewerbeinspektoren garnicht um die Fischindustriellen Betriebe bekümmert, sie als Betriebe angesehen, die der Gewerbeaufsicht nicht unterstehen, die daher den Aufsichtsborgern als Blümlein, rühr mich nicht an, zu gelten hatten.

Nach dem ersten Aufbäumen der in Frage kommenden Lohnsklaven war es mit dieser übel angebrachten Schonzeit vorbei! Nun werden von der Gewerbeinspektion die Häuhereien und Marinieranstalten als Fabriken angesehen und es gelten die in der Gewerbeordnung vorgesehene, die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen regelnden Bestimmungen. Also elfstündige Arbeitszeit an den ersten fünf Tagen der Woche und zehnstündige Arbeitszeit an Sonnabenden und Vorabenden hoher Feiertage. Nimmt man nun hinzu, daß die Fischindustriellen Betriebe, wieder nach eigener Mitteilung ihres offiziellen Organes, sich 120 mal im Jahre die behördliche Erlaubnis zur Ueberarbeit erbeten und natürlich auch erhalten haben, dann hat man den Beweis, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden muß.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit wollen auch die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Fischindustrie tätig sind. Der Verein der Fischindustriellen ist so lähn, in seiner an die Regierung gerichteten Denkschrift auf Seite 4 die Behauptung aufzustellen:

Auch von seiten der Arbeiterinnen ist niemals der Wunsch geäußert worden, die Arbeitszeit nach den Bestimmungen des Fabrikgesetzes geregelt zu sehen; sie haben vielmehr . . . gern und willig in den Abendstunden gearbeitet.

In Wirklichkeit haben die Arbeiterinnen und Arbeiter die Regelung der Arbeitszeit nicht einmal, sondern unzählige Male gefordert, ebenso wie sie die Ueberstunden, die in der Regel kurz vor Feierabend angefangen wurden und welche in den meisten Fällen die Arbeiterinnen gänzlich unvorberichtet trafen, am drückendsten empfanden und Abhilfe heischten. Aber die Fischindustriellen haben auf die diesbezüglichen Wünsche und Forderungen gepiffen und jene, welche sie laut werden ließen, einfach entlassen.

Nachdem die Arbeiter als Stronzengen für die arbeitstrügligen Bestrebungen benutzt worden sind, muß die Gefährdung des zu verarbeitenden Materials herhalten. Es heißt da:

Die Zufuhren richten sich nach den Fangergebnissen, Witterungsverhältnissen, Frachtgelegenheiten und der Lide. Heute kommen kaum zu bewältigende Mengen an; morgen ist der Markt völlig tot; heute treffen die Zufuhren in frühesten Morgenstunden ein, so daß die Ware spielend leicht verarbeitet werden kann, morgen kommt die Ware so spät, daß die Arbeit in wenigen Tages- und Abendstunden bewältigt werden muß. Bei der außerordentlichen Verderblichkeit des Rohproduktes, wie der fertigen Ware, ist die Aufspeicherung von größeren Beständen völlig unmöglich. Die aufgekauften Fische müssen sofort verarbeitet werden, die verarbeiteten sofort in den Konsum übergehen. Weiter heißt es dann, daß der ewigen Schwankungen wegen der Fabrikant nur wenig feste Arbeiter beschäftigen könne und mit diesen auch etwaigen außergewöhnlichen Anforderungen genügen müsse. Denn das Einstellen von Hilfspersonal mache stets erhebliche Schwierigkeiten, da die Verarbeitung der Fische sofort vorgenommen werden müsse und besondere Fertigkeit und Sachkenntnis erfordere.

Die Fischindustriellen sind nicht die ersten, die vorgeben, daß verkürzte Arbeitszeit unmöglich sei, weil die Ware unrationell verarbeitet werden könne. Die Bäckermeister und andere Volksbeglückter machten es ebenso, und man hat ihrer Ausbeutungsdurst doch etwas enger Grenzen gezogen, ohne daß die Befürchtungen sich bewahrheitet haben.

Landarbeitereleid.

Genosse Albert Schmidt, der durch seine eigenen Erfahrungen geschöpften Schilderungen des Elends der Landarbeiter, die er auf dem preussischen Parteitag vortrug, weiteren Kreisen bekannt geworden ist, sprach Dienstag, den 7. d. M., in einer Volksversammlung, die im „Gesellen“ zu Berlin tagte, über die Landarbeiterfrage.

Die Ausführungen des Genossen Schmidt bezogen sich nur auf eine Kategorie der ländlichen Arbeiter,

nämlich auf die Schnitter, jene Saisonarbeiter, die im Frühjahr mit Weib und Kind, mit Saak und Pack ihre Arbeitsstelle bei irgend einem Gutsbesitzer antreten, um im Herbst wieder in die Heimat zu ziehen. Genosse Schmidt gehört selber dieser Arbeitergruppe an, und alles, was er vortrug, ist selbst erlebt.

Es bedarf keines Kontraktbruch-Gesetzes, überhaupt keiner neuen Gesetze gegen die Landarbeiter — sagte der Redner —, denn sie sind schon unter den jetzt geltenden Gesetzen so rechtlos, daß sie der Willkür des Gutsbesizers vollständig ausgeliefert sind. In den Verträgen, die der Gutsbesitzer mit den Schnittern abschließt, wird festgesetzt, daß die Arbeiter eine Kautions zu stellen haben, die dem Gutsbesitzer zufällt, wenn die Schnitter vor Ablauf des Vertrages die Arbeit verlassen. Auf einem Gute, wo polnische Schnitter beschäftigt waren, war die volle Höhe der ausbedungenen Kautions durch regelmäßige Abzüge vom Lohn bereits erreicht, aber trotzdem wurden die Abzüge auch noch bei den folgenden Lohnzahlungen gemacht. Durch den Vorschneider ließen die Arbeiter dem Gutsbesitzer sagen, sie wünschten nunmehr die volle Auszahlung des Lohnes, worauf sie nach dem Vertragsanspruch hatten. Die Vorstellung blieb ohne Erfolg. Dann kündigte der Vorschneider im Auftrage der Arbeiter dem Gutsbesitzer an, daß sie nicht weiter arbeiten würden, wenn ihnen nicht der vertragmäßige Lohn gezahlt werde; auch sollte die Lohnzahlung nicht am Sonntag, sondern am Sonnoⁿ erfolgen, damit die Arbeiter am Sonntag, ehe die Geschäfte geschlossen werden, in der Stadt ihre Einkäufe machen können. Das Verlangen der Arbeiter wurde nicht erfüllt; sie legten die Arbeit nieder. Die Folge davon war, daß der Vorarbeiter auf Grund des Gesetzes, welches die Ueberredung von Landarbeitern zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung unter Strafe stellt, mit 4 Monaten Gefängnis bestraft wurde.

Nach den Verträgen erhalten die Schnitter auch eine Wohnung durch den Gutsbesitzer. Aber wie findet diese Wohnungen in den Schnitterhäusern beschaffen! Ein Raum, der einem Stalle ähnlicher sieht wie einer Wohnung. Türen und Fenster bieten keinen Schutz gegen Wind und Wetter. Auf dem Fußboden, der aus Behm oder Steinen besteht, wird Stroh als Lagerstätte gebreitet. Bettstellen gibt es nicht. Wo Holz zu haben ist, da zimmern sich die Arbeiter selber eine Lagerstatt zurecht, die ein wenig über dem Fußboden steht. Meistens werden so viele Personen in einen Raum gepfercht, daß derselbe auch nicht entfernt den Ansprüchen genügt, die man an Schlafräume für Menschen stellen muß. Unter diesen Umständen herrscht in den Schlafräumen eine furchterliche Luft. In den meisten Fällen müssen Männer, Frauen, junge Mädchen und Burschen sowie Kinder alle in ein und demselben Raum schlafen. Eine Trennung der Schlafräume für Geschlechter ist zwar polizeilich vorgeschrieben, aber durchgehführt wird sie fast nie. Der Gendarm kommt auch, um die Schnitterwohnungen zu kontrollieren, natürlich zu einer Zeit, wo die Arbeiter auf dem Felde sind. Aber solche Kontrollen haben keine Verränderung der unwürdigen Zustände zur Folge. Der kontrollierende Beamte muß also wohl alles in Ordnung befunden haben. Wie das möglich ist, das versteht man allerdings nicht. — Der Redner erzählte, daß eines seiner Kinder unter dem Einfluß der elenden Verhältnisse und der schlechten Luft in der Schnitterwohnung lungenkrank geworden ist. Unter solchen Umständen gab es keine Möglichkeit, dem armen Kinde zu helfen. Die Heranziehung eines Arztes aus der Stadt kostet für jeden Besuch 15 M., und was nützt der Rat des Arztes, wenn keine Möglichkeit vorhanden ist, das kranke Kind aus der Pestluft des Schnitterhauses zu entfernen. Beim Mähen gehört den Schnittern die 16., 17. oder 18. Mandel des Getreides als Lohn. Das schlechteste Getreide des ganzen Schlags wird in der Regel als Anteil der Schnitter ausgesucht. Wenn aber die Arbeit nach dem Morgen berechnet wird, dann beträgt man sie um das Maß. An diesem Betrage ist meist der Vorschneider beteiligt. Er gibt den Arbeitern ein geringeres Maß an, als das Feld wirklich enthält, und steckt den Ueberschuß in die eigene Tasche. Wer von den Arbeitern das Feld nachmessen wollte, der würde sofort davongejagt werden. Gegen den Kontraktbruch der Arbeiter will man sich sichern. Wenn die Arbeitgeber den Kontrakt brechen wollen, um einen Arbeiter, der nicht gefügig genug ist, los zu werden, dann werden oft die erbärmlichsten Mittel angewandt.

Wenn die Landarbeiter nur einigermaßen anständig behandelt und nicht zu schlecht bezahlt würden, dann wären sie schon zufrieden. Sie würden nicht daran denken, die Arbeit zu verlassen. Ein Gesetz gegen den Kontraktbruch der Arbeiter ist also nicht nötig. — Die Arbeiter, die in der Provinz Brandenburg heimisch sind, lassen sich ja nicht mehr alles gefallen, was ihnen die Gutsbesitzer bieten. Deshalb nimmt man lieber russische und polnische Arbeiter, denn diese traktiert man mit Prügelein, und sie nehmen solche Behandlung hin, bis sie eines Tages davongehen, was ihnen um so leichter ist, da sie keine Habseligkeiten mit sich führen, während der deutsche Arbeiter seine Familie und seinen, wenn auch dürftigen, Hausrat bei sich hat und nicht ohne weiteres die Arbeit verlassen kann.

Die Lage im Ruhrrevier

ist nach den zurzeit, Dienstag, den 14. Februar, vorliegenden Nachrichten noch immer verworren.

Das eine Mal wird gemeldet, fast die gesamte Bergarbeiterschaft sehe mit wenigen Ausnahmen den Streik fort, und die Parole laute Fortsetzung des Streiks, während von anderer Seite gemeldet wird, der Streik sei so gut wie beendet. Die Siebenerkommission, die am Sonnabend nochmals in Bochum tagte, beschloß, daß es bei der Wiederaufnahme der Arbeit sein Bewenden habe. Für Sonntag, den 12. d. M., sollte ein entsprechendes Flugblatt herausgegeben werden. Gleichzeitig machte sie folgendes bekannt:

„Alle gestrigen Bekanntmachungen, Depeschen und Telephongespräche, die im Namen der Siebenerkommission oder einzelner Mitglieder derselben ergangen sind, haben entweder keinen Zweck oder sonstigen Betrüger verbreitet. Diese Leute sind es wahrscheinlich, die die Organisation betrogen und die Siebenerkommission jetzt verächtlichen, und das sind gerade die Leute, die den Bergarbeitern in die Hände arbeiten, die Arbeiter zersplittern und verraten. Wo Lohnfälligkeiten und Massenabregelungen vorgenommen werden, melde man dies sofort der Siebenerkommission. Die drei Regierungspräsidenten befinden sich heute im Kohlengebiete, um Remedur zu schaffen. Der Beschluß der Essener Konferenz, daß die Arbeit wieder aufgenommen werde, bleibt bis auf weiteres bestehen. Die Gemahregelten wollen sich bei ihren Orts-Organisationen melden, sie werden dort weitere Unterstützungen erhalten.“

Würden die Bergarbeiter zum nennenswerten Teil im Auslande beharren, dann könnten die Kohlenbarone und die Scharfmacher dieses als ihr Verdienst geltend machen; denn sie unterlassen nichts, um die Bergknappen aufs neue in den Streik zu hegen. Zur Parole der Siebenerkommission, die Arbeit wieder aufzunehmen, bemerkt das Essener Tageblatt wörtlich: „Von einem organisierten Rückzug kann da nicht die Rede sein, wo die Soldaten die Führer beschimpfen und insultieren. Das ist kein Rückzug, sondern eine Deroute. Statt der Ausrufe der Bewunderung und des Lobes über die Haltung der Streikenden wäre es wahrheitsgemäßer zu sagen: welch' Unbesonnenheit, welch' Maßlosigkeit, welch' eine Uebererschätzung der eigenen Kraft und Verkennung anderer Mächte! Das sind die geheimen Wünsche der Syndikatsherren, und ihrer Verwirklichung sollen die Provokationen dienen, die man sich gegen die zur Arbeit zurückkehrenden Bergarbeiter erlaubt. Und während sich das Zeichenblatt in dieser Ueberhebung den Anschein gibt, es bedauere es die „von Soldaten beschimpften Führer“, fällt es an anderer Stelle auch über diese her. Es spricht von einem „schlecht gespielten Theaterstück“, das die Siebenerkommission mit ihrem letzten Friedensbeschluß „aufgeführt“ habe. Der Streik sei ja doch verloren und „in allen seinen Teilen mißlungen“. Die Verurteilung auf das Versprechen der Regierung, ein Berggesetz zu machen, sei falsch, denn es müsse sich erst noch im Abgeordnetenhaus finden, ob der Streik überhaupt berechtigt gewesen. Schließlich werden die letzten Bergarbeiter-Versammlungen noch verhöhnt: „In England wird durch Tickets jede Woche über den Streik geheim abgestimmt; das Verfahren ist jedenfalls unendlich besser, als das deutsche mit Händeaufheben alkoholbegeisteter, beliebig zusammengewürfelter Volksmassen“. Mehr zur blutigen Herausforderung der um kleine Verbesserungen ihres erbärmlichen Daseins in dreiwöchentlichem Kampf gestandenen und jetzt ausflügelnden und sachlichen Ermägungen zur Grubenarbeit zurückkehrenden Bergarbeitermassen kann jedenfalls nicht geleistet werden!

Angesichts dieser prophanen Verhöhnung bzw. Herausforderung läuft sogar der ultramontane „Blät. Volksztg.“ eine Laus über die Leber; sie schreibt:

„Das ist Hege, und zwar unwahre Hege. Es ist nicht wahr, daß der Streik gänzlich verloren gegangen sei. Von seiten der Unternehmung, denen das Essener Blatt durch seine Artikel einen Dienst zu erweisen glaubt, ist freilich nichts geschehen, um den Streik zu beenden und den Bergarbeitern auch bei ihren berechtigten Beschwerden entgegenzukommen. Aber es sind doch auch noch andere Faktoren in Betracht zu ziehen. Die öffentliche Meinung hat sich geschlossen auf seite der Bergarbeiter gestellt. Ist das nichts? Die Organisation der Bergarbeiter hat sich während der mehrwöchigen Dauer des Streiks bewährt und gestärkt. Ist das ohne Bedeutung? Und die Ankündigung der gesetzgeberischen Aktion im Reichstage und im Landtage? Sie enthält nicht nur die Anerkennung der Berechtigung einer Reihe von Beschwerden der Bergleute, sondern sie wird auch diesen Beschwerden wirklich abhelfen und zwar über die Köpfe der Unternehmer hinweg. Es heißt auch die Tatsachen aufzudecken, wenn man so tut, als ob das nun lediglich die Aktion des Herrn Müller sei. Man weiß doch, daß hinter dieser Aktion die maßgebenden Reichsinstanzen stehen, und mehr als die Ankündigung des Herrn Müller am 20. Januar hat zu dem Beschluß der Delegiertenversammlung das Telegramm des Reichstagspräsidenten an die von den Bergarbeitern nicht anerkannte Siebenerkommission beigetragen. Alles das ist für die Rheinisch-Westfälische Zeitung nicht vorhanden; es würde auch in ihre Berichterstattung nicht passen.“

Der nationalliberale Abg. Franklen verstieg sich im Abgeordnetenhaus sogar zu der mehr als lähnen Behauptung, der Streik im Ruhrrevier sei überhaupt kein Bergarbeiterstreik, sondern ein Streik von Partei wegen, ein Wettlauf unter den Parteien gewesen. Den Gipfel aber erklimmt das vorhin genannte Zeichenblatt, das, ohne auch nur mit einer Wimper zu zucken, schreibt: „Die Not der Bergarbeiter beginnt soeben erst. Sie wird wochenlang dauern.“ Mit anderen Worten: Partei nur, jetzt werden wir unser Mütchen an euch kühlen; jetzt werden wir euch zeigen, was es heißt, wider den kapitalistischen Stachel zu lösen, werden wir euch zeigen, daß wir Herr im Hause sind, und tun können, was uns beliebt!

Sonntagnachmittag fand in Bochum eine gemeinsame Sitzung der Siebenerkommission und der Delegierten des Essener Reviers statt.

Effekt und Sache, die eingehend die Gründe darlegten, welche die Kommission bewegen haben, die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, stehen anfangs auf beständigem Widerstand. Erst nach stundenlangem Debatte gelang es ihnen, die Delegierten zu überzeugen, die dann einstimmig beschlossen, im Essener Revier wieder anzufahren. In verschiedenen Belegschaftsversammlungen wurde beschlossen, heute die Arbeit wieder aufzunehmen.

Überall schreitet die Belegschaft gegen etwaige Maßregelungen ein, wo solche vorkommen, soll ein partieller Streik möglich sein.

Vom sozialen Kampfplatze.

In Albersweiler haben unsere bei der Firma Siegel u. Komp. beschäftigten Kollegen ohne Arbeitseinstellung, auf dem Wege der Verhandlung eine Lohnbesserung errungen. An Stelle des Tagelohnes tritt ein Stundenlohn von 19-25 Pf. für Tagelöhner. Steinbrecher erhalten für jeden Kubikmeter 15 Pf. mehr. Die Steinschläger erhalten für jede Sorte, wenn aus kleinen Steinen geschlagen 20 Pf. mehr, aus großen Steinen geschlagen 40 Pf. mehr. Die Abmachungen haben 2 Jahre Gültigkeit. Sie gelten weiter, wenn der Tarif nicht von einer der vertragschließenden Parteien 15 Tage vor Ablauf gekündigt wird.

Berlin, Dienstag, den 7. Februar, legten sämtliche Schlauchmacher der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabrik anlässlich eines 12-prozentigen Abzuges die Arbeit nieder, nachdem zuvor alle friedlichen Auseinandersetzungen ergebnislos verlaufen waren. Am Mittwochabend nahm dann eine außergewöhnlich stark besuchte Besprechung sämtlicher noch in der Fabrik Beschäftigten Stellung zu diesem Ausstände. Nach dem einleitenden Referat von Bruns, an das sich eine sehr rege Diskussion schloß, erhoben die Verammelten eine Anregung von Bruns zum Antrage, der, einstimmig angenommen, die Kommission unter Hinzuziehung der Bevollmächtigten beauftragte, am nächsten Vormittage Verhandlungen anzubahnen zwecks Beilegung des Ausstandes. Begründend wurde ausgeführt, daß in dem Augenblick, wo die Direktion mit dem Verhandlungsvertreter nicht verhandeln will, einmütig die noch Beschäftigten die Arbeit einstellen würden. Der Herr Direktor trat denn auch in Verhandlungen ein, deren Ergebnis in der Zurücknahme des gemachten Lohnabzuges bestand. Die Ausständigen nahmen ihrerseits alle am Montag, den 13. d. M., die Arbeit wieder auf. Entlassungen wegen des Streiks werden nicht vorgenommen.

Gleichzeitig ist auch die Frage der Konstituierung eines Arbeiter-Ausschusses lang und breit erörtert, und dürften im Frühjahr aus von Seiten des Herrn Direktors Spannagel keine allzu großen Schwierigkeiten wegen dieser Sache bereitet werden. Also die vor uns liegende Zeit nicht unnütz verstreichen lassen.

München. Die Wachs- und Schließgesellschaft vor dem Einigungsamt. Unter den Wächtern dieses Musterinstituts gärt es zurzeit wieder ganz bedeutend. Trotz aller militärischen Disziplin haben die Leute in einer Verammlung wieder Forderungen aufgestellt und den Geschäftsführer unserer Organisation Kollegen Hämmerl beauftragt, diese der Direktion zu unterbreiten. Der Herrenstandpunkt der Direktion ließ natürlich nicht zu, den Beauftragten anzuhören oder auch nur in Unterhandlung mit ihm sich einzulassen, weshalb Kollege Hämmerl das Einigungsamt anrief, das Freitag, den 3. Februar, nachmittags 4 Uhr, unter den Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schels zusammentrat.

Die Forderungen lauten in Kürze: 1. monatlich zwei Freinächte, ohne Lohnabzug. 2. Für das Einlassieren 2 Prozent Vergütung. 3. Aushändigung einer Arbeitsordnung und Arbeitsvertrag beim Eintritt. 4. Gewährung einer halbtägigen Welpenpause während des Dienstes. 5. Verzinsung der eingezahlten Kaution mit 3 1/2 Prozent. 6. Sogortige Freigabe der Kaution beim Austritt. 7. Vergütung des Zeitverlustes bei Dienstverrichtungen während der Tageszeit. 8. Austausch der Armaturstücke vor Beginn der Arbeitszeit. 9. Wünsche und Beschwerden sind durch eine von den Wächtern gewählte Kommission der Direktion zu übermitteln und von dieser entgegenzunehmen. 10. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 11. Manneswürdig Behandlung.

Von unsern Kollegen Hämmerl wurden die Forderungen folgendermaßen begründet:

Die Forderung der Freinächte, die früher gewährt und später wieder genommen wurden, war im September 1904 der Anlaß zu einem Streik.

Es sei unmenlich, von den Leuten zu verlangen, das ganze Jahr ohne jede freie Nacht Dienst zu machen, und wenn die Direktion sage, daß Urlaub in dringenden Fällen ohnedies gewährt werde, so sei dies einfach nicht wahr. Einem Wächter beispielsweise, dessen Frau eine schwere Entbindung durchzumachen hatte und zwischen Leben und Tod schwerte, sei der telephonisch nachgesuchte Urlaub rundweg verweigert worden, man habe ihn gesagt, wenn er seinen Dienst nicht sofort antrete, werde er nicht nur entlassen, sondern auch seine Kaution gehe verlustig. Das sei einfach ungerecht und könne nur von reaktionären Unternehmern verlangt werden. Dienstverrichtungen, wie Einlassieren usw. untertags, sollten logischerweise entschädigt werden, ebenso wäre es Pflicht der Direktion, den Wächtern bei Eintritt eine Dienstinstruktion auszuhändigen. Ein berechtigtes Verlangen sei es, daß die Kaution sofort beim Austritt ausbezahlt werde. Manche andere Beschäftigung gehe den Wächtern verloren, weil ihnen die Kaution noch vier Wochen lang nach ihrer Entlassung vorenthalten werde. Beim Fassen der Monturstücke werde oft schändlich vorgegangen; wegen eines Knopfes müssen die Leute oft von den äußeren Stadtbezirken nach der Direktion kommen. Der militärische Drill soll abgeblasst werden, verlangen doch die Kontrollreue, daß die Wächter auf offener Straße eine strammere Rekrutierung machen. Die Hauptsache sei aber doch, daß die Abonnenten richtig bedient werden. Daß die Leute manneswürdig behandelt werden, sollte man als selbstverständlich voraussetzen. Wird ein Wächter krank, so werden in vielen Fällen sofort seine Monturstücke eingefordert und dies bedeutet zugleich die Entlassung; ein bequemeres Mittel, die älteren Leute, die einen höheren Lohn beziehen, sich vom Hals zu schaffen; wurde doch zu einem Kontrollreue gesagt, sorgen Sie dafür, daß wir eine jüngere Mannschaft bekommen. Damit kann aber doch der Wachs- und

Schließgesellschaft, die doch ein Sicherheits-Institut sein will, nicht gebiert sein. Sie hat alle Ursache, was das ist auch im Interesse der Abonnenten gelegen, daß sie über ein geschultes Personal verfügt. Bei einigem guten Willen könnte die Direktion die gewiß berechtigten und bescheidenen Wünsche erfüllen. Direktor Sternfeld erwiderte, daß er unter keinen Umständen die verlangten 2 Freinächte gewähren werde, weil unter den 30 bestehenden Wachs- und Schließgesellschaften nicht eine einzige den Wächtern Freinächte gewähre. An Stelle der früher gegebenen 2 Freinächte hätten die Wächter eine Aufbesserung von 5 M. bekommen.

Direktor Sternfeld ist arg verschaupt über eine Notiz der „M. Post“, die unlängst behauptete, daß die Wachs- und Schließgesellschaft ihr in Personal Hungerlöhne bezahle. Wenn Herr Hämmerl behauptet, daß ein hoher Krankenstand unter dem Personal vorhanden sei, so könne er statistisch nachweisen, daß der Krankenstand des ganzen Jahres im Monat Januar, wo die Leute Neujahr Krügelgelber erhalten, am höchsten sei. Das Einlassieren gehöre zu den Dienstobliegenheiten eines Wächters, nicht eine einzige Gesellschaft leiste hierfür extra Vergütung. Eine Welpenpause könne man bei der Wachs- und Schließgesellschaft nicht brauchen. (1) Auf die militärische Rekrutierung lege die Direktion Wert, sie werde nicht fallen, solange die Gesellschaft besteht. (2) Militärischer Geist müsse sein und über die Behandlung der Wächter lasse sich die Gesellschaft keine Vorwürfe machen. Hämmerl erwiderte, wenn die Leute einen auskömmlichen Lohn hätten, so läge dies auch im Interesse der Abonnenten. Auf die militärische Disziplin legten die Abonnenten gar keinen Wert; für sie sei die Hauptsache, daß sie gut bedient werden. Die Behauptung des Direktors, daß die Leute im Monat Januar wegen Krügelgelbes krank seien, wies Hämmerl mit scharfen Worten zurück.

Nachdem noch einige Wächter, die von Hämmerl vorgebrachten Mißstände bestätigt hatten, unterzog sich Gewerberichter Dr. Schels der nicht beneidenswerten Aufgabe, eine Einigung zu erzielen.

Die verlangte Kommission der Angestellten sei vom sozialpolitischen Standpunkte aus zu empfehlen, weil sie doch nur geschaffen werden solle, vermittelnd einzugreifen und den Frieden zu erhalten. Die Forderung nach zwei Freinächten sei nach seiner Meinung keine unbillige; er meine, in diesem Punkte könne die Direktion entgegenkommen. Ebenso solle die Direktion dadurch entgegenkommen, daß sie für Dienstleistungen untertags, die nach seinem Dafürhalten nicht zu den Obliegenheiten eines Wächters gehören, eine Entschädigung gewähre. Da die Wächter mit 75 Mark kaum leben und eine Familie ernähren könnten, müßten die meisten sich noch einen Nebenverdienst untertags suchen. Ebenso halte er eine Kaution von 40 Mark zu hoch; er meine, 20 Mark würden auch genügen.

Direktor Sternfeld erklärte, daß er unter keinen Umständen die Kaution herabsenke, daß er lieber die ganze Wachs- und Schließgesellschaft schließe.

Hämmerl meinte darauf, es mache ihm schon nahezu den Eindruck, daß die Kaution der Wächter das Betriebskapital der Wachs- und Schließgesellschaft bilde. Auf seine Anfrage, was eigentlich mit den verfallenen Kautionen geschehe, antwortete der Herr Direktor, daß diese Beträge einer Unterstützungskasse für kranke Wächter zuzuführen. Als aber die Wächter erklärten, daß sie von der Existenz einer derartigen Kasse keine Ahnung haben, erklärten die beiden Sternfeld, daß die verfallenen Kautionen eigentlich nach dem Anstellungsvertrage der Gesellschaft gehören. Hämmerl nagelte den Widerspruch gehäufig fest und richtete die weitere Frage, wie viel solcher Gelder vorhanden seien, da antwortete der Direktor Hermann Sternfeld, daß nur 40 Mark einbehalten wurden, davon seien aber einem kranken Wächter 10 Mark zugewendet worden.

Nachdem Kollege Hämmerl die Forderungen nochmals rekapituliert und an die Herren Direktoren die dringende Mahnung richtete, die gewiß berechtigten Forderungen zu genehmigen, einigte man sich abends 7/8 Uhr nach eingehender Beratung auf folgende Vereinbarung:

1. Jedem Wächter wird eine Dienstinstruktion ausgehändigt; dieselbe ist beim Verlassen des Dienstes der Gesellschaft wieder zurückzugeben und streng geheim zu halten.
2. Jedem Wächter wird ein Exemplar des unterzeichneten Vertrages ausgehändigt.
3. Von der eingezahlten Kaution erhalten die Wächter 3 1/2 Prozent Zins.
4. Der Austausch der Armaturstücke (d. i. Schließabzeichen, Sturmknöpfe, Mützen, Knöpfe und Laternen) wird vor Beginn der Arbeitszeit so rechtzeitig vollzogen, daß der rechtzeitige Dienstantritt nicht gehindert ist.
5. Beschwerden oder Wünsche können jederzeit durch eine von den Arbeitern gewählte Kommission bei dem Oberinspektor angebracht werden.
6. Jeder Wächter erhält monatlich einen Nachurlaub gegen Abzug eines Betrages von 2,50 M., und zwar erstmalig im Monat März.
7. Die Kaution wird, falls kein berechtigter Zurückbehaltungsgrund vorliegt, spätestens 8 Tage nach dem Dienstaustritt an den ausgetretenen Wächter zurückbezahlt.
8. Die verfallenen Kautionen fließen inklusive der zur Zeit schon vorhandenen verfallenen Kautionen von 30 M. einer Unterstützungskasse zugunsten erkrankter Wächter zu. Diese Kasse wird vom Herrn Oberinspektor geführt. Die Verteilung und insoweit auch die Mitverwaltung gebührt der Kommission der Wächter.
9. Maßregelungen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung der Wächter dürfen nicht stattfinden.
- Die Antragsteller erklären weiter, daß obige Vereinbarung definitiv bindend ist, wenn nicht bis spätestens Montag, den 6. Februar 1905, vormittags 9 Uhr, ein Widerruf in den Einlauf des Gewerbergerichts gekommen ist.

Für die Organisation:
gez. Karl Hämmerl.

Für die Kommission:
gez. Joh. Weber, Wächter, Josef Guggenmüller,
Joh. Reindl, Joseph Fleck, Leonhard Bismann.

Für die Direktion:
Josef Sternfeld, Hermann Sternfeld,
gez. Dr. Schels, Vorsitzender,
gez. Gundelwein, Apr.,stv. G.

In Breslau legten 40 auf den Vereinigten Breslauer Delfabriken beschäftigte Kollegen die Arbeit nieder. Der Anlaß war folgender: Am 5. Februar gab die Direktion mittels Anschlags bekannt, daß vom 6. ab dieser Lohn bezahlt werden sollte: Für Vorpreffer 2,50 M., Schieber, Kocher und Presser 2,40 M., für Hülfsarbeiter 2,30 M. Der Lohn betrug vorher 1,80-2 M. Da zum die Neuregelung ja einer Lohnherhöhung gleich, aber die Sache hatte einen Haken. Die Bezahlung von Ueberstunden und Oststunden sollte in Wegfall kommen. Das bedeutete einen Lohnausfall, der durch die geplante Lohnherhöhung keine Deckung erfuhr. Die Nachsicht lehnte es ab, zu diesen neuen Bedingungen zu arbeiten. Die Direktion lehnte es zunächst ab, über die Differenzen eine Verständigung mit ihren Arbeitern herbeizuführen. Diese beschlossen daher, die Arbeit einzustellen. Vom städtischen Arbeitsnachweis wurden flugs 20 Mann als

Ersatz gefunden. Aber am anderen Morgen weiterte sich die Tagelohn, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Sie fingen auch nicht eher an, bis die Zeitung Verhandlungen mit dem Vertreter unserer Organisation zugestanden. Die Verhandlungen endeten damit, daß die geplante direktoriale Lohnregelung zurückgenommen wurde.

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Magdeburg nahmen am Dienstag in gemeinschaftlicher Versammlung Stellung zum diesjährigen Lohn- und Arbeitsvertrag. Die Versammlung beschloß einstimmig: Die von den einzelnen Berufsorganisationen zu wählende Siebener-Kommission hat danach zu schreiben, daß in den Verhandlungen mit der Siebener-Kommission des Arbeitgeberverbandes die 9/10-ständige Arbeitszeit und 65 bzw. 45 Pf.-Stundenlohn zur Grundlage der Verhandlungen dienen. Die Forderung wurde damit begründet, daß die Existenzverhältnisse der baugewerblichen Arbeiter trotz der Stabilität der bisherigen Arbeitsbedingungen eine rapide Verschlechterung erfahren haben und durch die Annahme der Handelsverträge noch weiter erfahren werden.

Soziale Rundschau.

Abgeblühte Scharfmacher. Die Stadtverwaltung von Stuttgart hat es abgelehnt, dem kühnen Entschluß des dortigen Baugewerksvereins zu entsprechen, im Hinblick auf den zu erwartenden Bauarbeiterstreik in die städtischen Bauverträge die Streik-Klausel aufzunehmen, da die Gemeinde in den Lohnkämpfen ihre unparteiische Haltung nicht aufgeben dürfe, umso mehr, als der Gemeinderat es früher abgelehnt habe, zugunsten der Arbeiter Vorschriften an die Unternehmer über Lohnhöhe und Arbeitszeit in die Verträge aufzunehmen. — Wenn nur alle Stadtverwaltungen eine so vernünftige, aber auch selbstverständliche Stellung gegenüber dem Scharfmachertum einnehmen würden.

Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Grönan. Die Dividende für 1904 wird in Höhe von 9 Prozent (6 Prozent für 1903) vorgeschlagen.

Das Gewerbegericht München hat im Jahre 1904 als Einigungsamt eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es wurde in 31 Fällen angerufen und in 28 Fällen gelang es, eine Vereinbarung zu erzielen. Diese Vereinbarungen betrafen in 10 Fällen das Gesamtgewerbe (nämlich das Wäcker-, Schuhmacher-, Tapezierer-, Mühlen-, Maurer-, Steinmetz-, Kunst- und Bau-schlosser-, Spengler-, Metallgießer- und Jalousten-gewerbe); in 18 Fällen handelte es sich um Lohn-differenzen in einzelnen größeren Betrieben, so in Eisen-werken, Maschinenfabriken, Eisengießereien, Parkett-schreinerien, Sandschuhfabriken, in einer Teer- und Asphaltfabrik, Elektrizitätszähler-Fabrik, Schuhfabrik, Straßenreinigung-Anstalt und im Hafnergewerbe. Unter den 28 Vereinbarungen befinden sich 15 Fälle, in denen Tarifverträge abgeschlossen wurden.

Korrespondenzen.

Wormstedt. In der Mitgliederversammlung vom 12. d. Mts. wurde vom Kollegen Arps der Bericht vom Gewerkschaftsstatist erstatet. Ferner wurde von der Kommission der Bauarbeiter Bericht erstattet über die Unterhandlungen mit den Maurer-meistern betr. Lohnforderung. Dieser Bericht wurde mit Befriedigung seitens der Kollegen aufgenommen. Unter anderem hätten die Arbeitgeber einen Stundenlohn von 37 Pf. ab April bis August, von da an einen Stundenlohn von 40 Pf. zugestanden. (Der bisherige Lohn betrug 35 Pf. pro Stunde.) Davon ausgenommen seien aber die Gedarbeiten, Grundmachten, Ausschachten von Kellern etc., wofür der bisherige Lohn gezahlt wird, ebenfalls hätten diejenigen, die noch nicht als Maurer-handlanger tätig, bei dem ersten Bau für den alten Lohn zu arbeiten. Diese Zugeständnisse wurden von den Bauarbeitern einstimmig anerkannt. Im Anschluß an diesen Punkt wurde seitens des Kollegen Sterns hervorgehoben, daß dieser gute Erfolg nur der Organisation zu verdanken sei, diese Behauptung bewies der Kollege mit mehreren Beispielen aus dem hiesigen Orte selbst.

Bergedorf. Unsere Mitgliederversammlung tagte am Sonnabend, den 28. Januar, im Lokale des Kollegen W. Lange in Sande. Nachdem das Ableben der Kollegen Müller und Reuwerl in der üblichen Weise gelehrt worden, erstattete Kollege W. Stille den Geschäftsbericht für das vergangene Jahr, hierbei hervorhebend, daß unsere Zahlstelle im verfloßenen Jahre große finanzielle Opfer bringen mußte infolge des Streiks der Magel-schmiede und Maschinensteller, wodurch auch unsere auf der Magel-fabrik beschäftigten Kollegen zum großen Teile in Mit-leidenhaft gezogen wurden. Unter Hinweis auf die in früheren Jahren vom Verband gezahlten Streik- und Maßregelungs-unterstützungen zeigte alsdann Redner, daß der Verband be-deutend leistungsfähiger geworden ist und daß wir jetzt ohne die Unterstützung anderer Gewerkschaften erhebliche Unter-stützungslage zahlen können. Zu behaupten sei, daß eine Reihe Mitglieder den getroffenen Einrichtungen nicht die nötige Be-achtung schenkt und wegen der notwendig gewordenen Beitrags-erhöhung dem Verbands den Rücken gefehrt, zu ihrem eigenen Schaden und dem der Gesamtheit. Demgegenüber muß es unsere Hauptaufgabe sein, aufzustreben zu wirken, um dem Ver-bande nicht nur wieder die Ausgetretenen, sondern auch noch neue Mitglieder zuzuführen. Als Bevollmächtigte wurden der Kollege Stille als erster, Heitmann als zweiter und Kris-mann als dritter in Vorschlag gebracht. Für die freitenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet wurden 100 M. be-willigt.

Berzburg. Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 Uhr tagte unsere Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“. Der Genosse Max Günther hielt einen Vortrag über: Unsere Invalidenversicherung im Jahre 1903, welcher sehr lehrreich war und manchem Kollegen willkommene Fingerzeige bot. Redner waren nur 45 Mitglieder anwesend, trotzdem jeder Kollege seinen Versammlungskalender für das ganze Jahr hat und wir noch extra Handzettel ausgegeben hatten. Kollegen, das muß anders werden. Die Bevollmächtigten werden in den nächsten Versammlungen noch verschiedene Vorträge halten lassen. Darum ersuchen wir die Kollegen, die Versammlungen fleißiger zu besuchen. Denn: Wissen ist Macht.

Brandis. Am 5. Februar tagte im „Parlischlöcher“ eine öffentliche Versammlung. Redakteur Richard Wagner aus Speyer referierte über: „Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit“. Er schilderte die Stellung, die der Arbeiter heute einnimmt. Diese Stellung ist eine abhängige, unfreie, unterdrückte. Der Arbeiter wird unterdrückt und ausgebeutet von den Besitzern der Produktionsmittel; den Besitzern der Fabriken, Gruben, Werks-

stige, Maschinen und so fort. Dem unterdrückten Arbeiter, der heillos ist, mühte zu seiner Wehr das Recht der Vereinigung gegeben werden. Da der einzelne machtlos, mühte er die Mächtigkeit erhalten, mit seinen Leidensgenossen sich zu vereinigen, um geistig mit diesen einen Machtfaktor bilden zu können. Mit der praktischen Betätigung des Koalitionsrechtes durch die Arbeiter hat es nun seinen Namen infiziert, als man den Arbeitern die Ausübung des Vereinigungsrechtes in mannigfaltiger Weise hindert. Auch das Unternehmertum achtet die Arbeiterorganisationen nicht, wie der Streik im Ruhrrevier ja deutlich beweist. In einer Resolution erklärten sich die Anwesenden mit dem Redner einverstanden. Außerdem wurde den streikenden Bergarbeitern 30 Mk. aus der Lokalfasse bewilligt. Nachdem die Wahlen vorgenommen waren, wurden die örtlichen Arbeitsverhältnisse einer Kritik unterzogen, und die Bestrebungen des Verbandes erörtert.

Frankfurt a. M. Der hiesigen „Kf. Presse“ wird von Corbach (Walden) unterm 3. Februar berichtet: „Ein hochherziger Landmann, Herr Gummi-Fabrikant Peter, Frankfurt a. M., hat Herrn Harrer Knoll Kommissar für arme verkrüppelte Kinderwiederum den Betrag von 2000 Mark gespendet.“ Das ist derselbe Herr Peters, bei dem kurz vor Weihnachten unsere Kollegen in den Verdacht traten. Es ist sehr nett von ihm, daß er der armen, verkrüppelten Kinder gedenkt. Aber er hat es ja auch dazu, seine Arbeiter machen ihm das Wohlsein ja leicht. Neben den Wohlthäten bliebe aber dem Herrn Peters noch etwas anderes zu tun übrig. In seinem Betriebe ist eine große Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Er sollte ihnen endlich gewöhnliche Ventilationen, Wäsch- und Ankleideräume, den Anforderungen der Hygiene entsprechende Aborte! Er könnte mit den ewigen Lohnabzügen ein Ende machen und den den Reisenschneidern aufzuzuhängenden Abzug von 20 Prozent wieder zurechtstellen. Er brauchte sich ferner den Lohn von seinen Arbeitern nicht 14 Tage borgen lassen; könnte mit den Ueberständen aufräumen und den 10stündigen Arbeitstag gewähren! Wenn er das alles getan, werden wir natürlich gebührend Notiz davon nehmen, andernfalls müssen wir ihn immer und immer wieder daran erinnern, wenn er es nicht anders will, auch wieder einmal etwas stürmisch.

Fürth i. B. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung tagte Sonntag, den 22. Januar, vormittags, im Saale des Herrn Zid. Der Sachverwalter St. Staimmer sprach über das Thema: „Warum führt unser Verband die Gewerkschaften unterstützung ein?“ Ausgehend von dem Gedanken, daß nur dann die Organisation ihren Aufgaben gerecht werden könne, wenn dieselbe möglichst viele unserer Kollegen und Kolleginnen umfaßt, kam der Referent auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die sich der Bewegung gerade in unseren Kreisen entgegenstellen. Schwere Arbeit, langer Lohn, überlange Arbeitszeit machen den Arbeiter stumpf und gleichgültig gegen alles, was für die Bewegung, Augenblickserfolge und bedauerlicher Egoismus beherzigte die Arbeiterschaft leider nur zu sehr. Dem müsse man Rechnung tragen, nicht indem man die Selbstsucht fördere, sondern dadurch, daß man sie in gesunde Bahnen lenke. Dies solle geschehen durch die Unterstützungseinrichtungen der Organisationen. Redner besprach dann des längeren die Vorteile, die der organisierte Arbeiter dem nichtorganisierten gegenüber habe, beleuchtete die durch das kapitalistische Produktionsystem erzeugte Arbeitslosigkeit, ferner die Folgen längerer Krankheit für das arbeitende Volk, und wies darauf hin, daß gerade in der höchsten Not der Arbeiter von allen verlassen werde, die sich scheinbar um ihn kümmern. Kollege Staimmer schloß seinen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag mit einem Appell an die Anwesenden, die streikenden Bergleute im Ruhrgebiet nach Möglichkeit zu unterstützen. 7 Mitglieder konnten hier für den Verband gewonnen werden, nachdem uns durch eine Anzahl Fabrikbesprechungen in der gleichen Woche angefaßt 50 Kollegen und Kolleginnen zugeführt wurden. Hoffen wir, daß es der dortigen leitenden Verwaltung, unterstützt durch eifrige Mitglieder, gelingen möge, recht viele Mitkämpfer zu gewinnen. — Rot ius. —

Halberstadt. Am 17. Januar tagte in Vollmanns Restaurant eine Versammlung, in der Kollege Grohmann aus Magdeburg über das Thema: „Sozial-Krankheiten und Verbrechertum“ referierte. Er legte dar, wie durch niedrige Bezahlung, Ausbeutung, lange Arbeitszeit und wirtschaftliche Notlage Menschen dem Verbrechen in die Arme getrieben werden und dann furchtbar und moralisch oft immer mehr verkommen. Der Redner erstete für seine Ausführungen reichen Beifall.

Seidenheim. Am Sonntag, den 29. Januar, hielt Kollege Wörner im „Traubensaal“ einen Vortrag über das Thema: „Die jetzige Zeit im Zeichen der Klassenkämpfe“. Seine Ausführungen zielten zunächst dem Bergarbeiterstreik und wurden diese mit Interesse aufgenommen, ebenso diejenigen über die Ursachen in Russland. Diesem Vortrag folgte die Vorführung von 70 Lichtbildern, wovon der eine Teil den russisch-japanischen Krieg betraf, der zweite Teil führte den Anwesenden verschiedene Bilder über herortragende Punkte europäischer Länder vor Augen. Die Versammlung, welche etwa 700 Personen umfaßte, nahm in jeder Beziehung einen durchaus befriedigenden Verlauf. Die Zahlstille hatte eine schöne Einnahme an Eintrittsgeldern. Für die Bergarbeiter wurden 35,20 Mk. gesammelt und auch einige Mitglieder ließen sich aufnehmen. Bei dem letzten Beifall, den Kollege Wörner erntete, ist zu hoffen, daß seine Ausführungen auf guten Boden gefallen sind und in Zukunft reiche Früchte tragen werden, ihm selbst aber gebührt die herzlichste Dank, den der Vorsitzende der Vereinten Gewerkschaften Börsig namens der Versammlung zum Ausdruck brachte.

Sax. Sonntag, den 22. Januar, hielten wir eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Kollege Staimmer aus Krefeld referierte über das Thema: „Wie verbessern wir unsere Lebenslage?“ Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, und der ungeteilte Beifall, ferner eine Anzahl Vorausnahmen bewiesen, daß die hiesigen Kollegen zu begreifen beginnen, daß „Stille sein“ keine Früchte bringt, sondern daß es an der Zeit ist, an die Verbesserung ihrer Lebenslage zu denken und die Sprüche in den dortigen Betrieben zu befechtigen, die einfach aus Ungläubigkeit grenzen. Eine am 20. Januar tagende Generalversammlung beschloß sich mit dem Vorhaben eines gewissen Vertriebses, es heißt „...“, als ob der Friede die längste Zeit gedauert hätte. ... a. Kollegen, agiert vorzüglich, aber euerig!

Hausen. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 5. Februar bei Kellermann. Zunächst wurden 12 Kollegen aufgenommen. Im Kartellbericht wurde eines unserer Mitglieder befragt, daß es während des Schlächterstreiks kein Fleisch auf der Kochschüssel und ein Gebüder Winter gekauft habe. Das Mitglied wurde auf das Unpassende seines Verhaltens aufmerksam gemacht. Für die Bergarbeiter wurden 100 Mk. bewilligt. Im ganzen sind von uns 57,30 Mk. den Bergarbeitern übergeben worden. Darauf wurde die Abrechnung vorgelegt. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 2497,10 Mk. an die Verbandskasse konnten 1872,00 Mk. abgesetzt werden. Die Abrechnung der Lokalfasse ergab eine Einnahme von 991,31 Mk., eine Ausgabe von 453,43 Mk., danach einen Bestand von 495,08 Mk. Der Mitgliederbestand war 233, im vorigen Jahre 191, also mehr 47 Mitglieder. Gemeinrenten sind 12, gegen 13, abgezinsten 49 und abgereicht 44 Mitglieder. Mitglieder-Versammlungen wurden 12 abgehalten, außerdem eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung, in der wir Stellung zu der Entscheidung der Gewerkschaften-Unterstützung nahmen und Frau Feg als Referentin erschienen war. In den Mitglieder-Versammlungen wurden zweimal Vorträge

gehalten. Außerdem tagte eine öffentliche Versammlung, in der Frau Bieg als Referentin erschienen war, worin einige neue Mitglieder gewonnen wurden.

Pfungstadt. Sonntag, den 5. Februar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Böhm berichtete über den Schriftwechsel mit dem Vorstand. Alsdann wurde von dem hiesigen Kollegen ein Vortrag gehalten über den Bergarbeiterstreik, der mit einer Aufforderung an die Kollegen, sich zu organisieren, endete. Den Kassenbericht gab Kollege Fuchs vor. Es wurde von der Versammlung Entlastung erteilt. Weiter war von Interesse die Mitteilung, daß die auf der Güterischen Papierfabrik beschäftigten Kollegen eine Besprechung abgehalten haben, um bei der Direktion wegen verschiedener Kündigungen, der Wahl eines Ausschusses und Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden vorstellig zu werden. Die Kollegen sind auf die Bedeutung der Organisation verwiesen worden. In der Diskussion wurden auch die Arbeitsverhältnisse auf der Gemischten Fabrik von Geiger u. Braun und deren Fabrikordnung einer Besprechung unterzogen, die nicht zugunsten des Betriebes ausgefallen. In der Zündholzfabrik von Adam Müller dauert die Arbeitszeit 11 Stunden, obwohl auch in kürzerer Zeit die Aufträge bewältigt werden könnten. Auf der Zündholzfabrik von Fossenzahl müssen die Arbeiterinnen im Winter den Padraum als Schühimer benutzen, darüber fühlen sich die Arbeiterinnen beschwert. Das ist nur eine kleine Aufzählung der Uebelstände, die wir hier auf unseren Betrieben zu verzeichnen haben. Obwohl die Aufzählung auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebt, genügt sie, um zu reger Agitation anzufeuern und anzuspornen. Auf zu rühriger Verbearbeitung für den Verband!

Schönungen. Einen Strafbefehl von 5 Mk. erhielt Kollege Göpfert, weil er als Einberuener einer Gewerkschaftsversammlung die vorgeschriebene Anmeldung nicht besorgt und trotz bürgermeisterlichen Verbots die Versammlung doch tagen ließ. Da aber nach einem Passus im Antrag „... bayerischen Vereinsgesetz Gewerkschaftsversammlungen mit gewerkschaftlichen Schemata einer Anmeldung nicht unterliegen, beantragte Göpfert richterliche Entscheidung. Hierzu war am 24. Januar vor dem Amtsgericht Schweinfurt Termin, der mit der Freisprechung Göpferts endete. Hierzu noch einiges zu dem Verhalten des Herrn Bürgermeisters Köhrig. Zwei Tage vor der Versammlung ging der zweite Bevollmächtigte, wie in früheren Fällen immer, zur Bürgermeisterei und machte mündliche Mitteilung von der Versammlung. Hier hätte nun der Bürgermeister, wenn er eine schriftliche Anmeldung haben wollte, diese sofort verlangen sollen, aber erst am Versammlungstag, vormittags 11 Uhr, wurde dem Kollegen Göpfert mitgeteilt, daß die Versammlung wegen Nichtanmeldung verboten sei. Als um 2 Uhr nachmittags, die Versammlung sollte um 3 Uhr tagen, der Referent Kollege Knödel kam, erfuhren wir erst, daß die Versammlung einer Anmeldung nicht bedurfte. Als vor der Versammlung Kollege Knödel dem Herrn Bürgermeister auf das gewerkschaftliche Thema aufmerksam machte, welches „Die Gewerkschaften im Kampfe für die Menschlichkeit“ lautete, erklärte der Bürgermeister, daß er nicht wüßte, ob das Thema gewerkschaftlich sei, das machte erst das Bezirksamt Schweinfurt entscheiden. Nun ist die Entscheidung gefällt.

Wienheim. Die Einbehaltung des Arbeitslohnes für vier Arbeitstage, sowie eine Verfügung der Direktion der Gemischten Fabrik, Wöhlgelge bei Mannheim, wonach ein jeder Arbeiter 10 Mk. Kautions stellen sollte, und außerdem noch verschiedene andere Mißstände, waren nötig, um in den Arbeitern das Klassenbewußtsein zu erwecken. So kam es denn, daß auf die Verfügung hin hier eine Versammlung der betreffenden Arbeiter abgehalten wurde, in welcher Kollege Knödel-Offenbach und Genosse Kägel-Wienheim, ersterer über Zweck und Nutzen der Organisation, letzterer über die Mißstände in der betreffenden Fabrik, referierten. Die Arbeiter hatten die Worte der beiden Redner begriffen und auch beherzigt, denn es wurde nicht nur lebhafter Beifall gesendet, sondern es ließen sich auch 44 Arbeiter als Mitglieder aufnehmen. In der darauffolgenden Besprechung war man sich klar, daß auch die andere Schicht über den Zweck und Nutzen der Organisation Aufklärung erhalten müsse. So wurde denn beschlossen, am 28. Januar zwei weitere Versammlungen abzuhalten, in welcher Knödel-Offenbach und Kägel-Wienheim referieren sollten. Vor diesen Versammlungen erlebten wir wiederum das Schauspiel, wie schon so oft in anderen Fällen, daß die Christlichen auf dem Kampfplatz erschienen, nicht etwa, um für die Versammlung zu agitieren, i. G. G. bewahren! Unsere Kollegen hatten am Tage vor der Versammlung Einladungen zu derselben verteilt. War die Aufnahme von 44 Mitgliedern in der ersten Versammlung schon unerhört, so wußten die zwei geplanten Versammlungen unter allen Umständen wirkungslos zu werden. Am Tage unserer Versammlungen erschienen dann auch von christlicher Seite ein Flugblatt, worin die Arbeiter vor den unchristlichen Versammlungen, wie sie in dem Flugblatt genannt wurden, gewarnt und aufgefordert wurden, in einer auf den 29. Januar anberaumten christlichen Versammlung durch majestätisches Erscheinen die richtige Antwort zu geben. Die Arbeiter haben aber auch die richtige Antwort gegeben, und zwar nicht nur am Sonntag, sondern schon in unseren Versammlungen. Wiederum wurden 23 Aufnahmen gemacht und in der christlichen Versammlung am Sonntag waren außer einigen Landarbeitern, den Herrn Harrer und dem Herrn Kaplan, sowie den beiden Herren Referenten auch drei christliche Arbeiter der Gemischten Fabrik. Aber auch diese waren nicht zu bewegen, trotz der Worte des Herrn Harkers, sich christlich zu organisieren. Die Arbeiter Wienheims, die in den Versammlungen waren, sind überzeugt, daß es eine niederträchtige Verleumdung darstellt, wenn von einem Ueberstrichen unsere Versammlungen als unchristlich bezeichnet wurden; sie sind aber auch davon überzeugt, daß die christliche Versammlung nur den Zweck hatte, eine Zersplitterung herbeizuführen. Unsere Kollegen werden aber hieraus die Lehre ziehen, daß es für sie nur eines gibt, das heißt: Agitieren.

Werber. Am 5. Februar tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der zweite Bevollmächtigte legte die Abrechnung vor und gab einen Bericht über die Entwurfung der Zahlstille. Diese zählte am Schluß des Jahres 1903 121 Mitglieder, jetzt 275. Davon wohnen 165 in Werber, 110 in Lindow. Die Lohnkommission teilte mit, daß die Bauarbeiter ihren Tarif gekündigt haben und einen neuen Tarif mit folgenden Bedingungen anstreben: 9-stündige Arbeitszeit und 42 Pf. Lohn. Die Lohnkommission hat Auftrag, den Entwurf zu einem solchen Tarif einzureichen und die Unterehmer um Abgabe einer Erklärung bis zum 15. Februar zu ersuchen. Es wurde dann über Praktiken des Arbeitgeberverbandes verhandelt und beschlossen, den streikenden Bergarbeitern im Kahrrenten 25 Mk. zu bewilligen, so daß diese im ganzen 75 Mk. aus der Lokalfasse erhalten haben.

Quittung. Bei der Hauptkasse gingen seit dem 1. Februar folgende Beiträge ein: Platen 133,64, Eintr. 230,33, Dyrden 102,27, Freienswalde 109,21, Belheim 35,20, Freyberg 53,05, Werber 460,99, Rietberg 144,12, Mainz 188,54, Helmstedt 127,90, Zampertshausen 122,55, Sandersdorf 48,59, Neuwald i. S. 30,—, Brandau 9,05, Rall 18,—, Ropenitz 200,—, Weimar 113,95, Annweiler 12,90, Grimsleben 51,12, Müßburg 62,61, Gruner 63,54, Uderlande 11,10, Münderheim 6,—, Goslar —, 90, Siedeb. 800,—, Werberg 100,29, Seiffersdorf 23,28, Alfeld 18,51, Heiligenhafen 39,35, Obererfel 9,61, Mägeln 320,—.

Friedrichstadt 285,—, Kiel 364,39, Bismar 60,95, Bantzenbach i. B. 34,08, Gifhorn 141,17, Pfungstadt 187,86, Wittenberg 330,07, Neuhaldensleben 90,12, Wenz 169,80, Wolgast 227,95, Glaucha 148,18, Breslau 39,50, Drankenburg 116,38, Kolbermoor 159,90, Altona 150,—, Adlershof 104,85, Speyer 100,—, Neu-Jensenburg 75,10, Wenz 41,—, Hannover I 350,—, Berlin 1132,18, Wöhrschleben 305,70, Zangermünde 170,—, Neustadt a. d.ardt 140,39, Kellinghusen 116,34, Gr.-Mühlau 71,94, Sport i. S. 42,66, Magdeburg 7,—, Zegel 15,—, München 1400,—, Müchendorf 70,80, Jsehoe 1,05, Weissenau 132,20, Münderburg a. S. 140,—, Calbe a. S. 184,37, Rall 60,—, Rall 24,—, Eplingen 144,74, Wöhrschdorf 191,—, Caputh 176,10, Essen a. R. 78,76, Genthin 34,95, Spandau 40,15, Celle 181,06, Ostermied 100,—, Frankenthal 100,—, Kl.-Mühlau 1,95, Flensburg 250,—, Mutterstadt 135,29, Zahna 34,14, Wernau 21,46, Gubenmühl 13,10, Lobeda 3,60, Gronau 21,—, Sagerdorf 155,48, Wilster 58,36, Uelzen 7,50, Plauenischer Grund 720,—, Elmshorn 400,—, Werburg 800,—, Mühlheim 133,—, Färth 100,—, Wier 65,05, Ehrenfeld 21,60, Berlin 2092,53, Frankfurt 858,88, Charlottenburg 201,50, Zwickau 186,—, Althaldensleben 120,77, Geln 78,06, Stettin (Gau 9) Kassenbestand zurKassebezahl 62,50.

Schluss: Dienstag, den 14. Februar, mittags 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Annweiler. Hermann Hannemann.
Anklam. Reisegeheim beim Kollegen Joh. Bernotteit, Kronenstraße 1, abends von 7—9 Uhr.
Dortmund. Paul Behr, Gedenstraße 7, 2. Et. Dasselbst Auszahlung des Reisegeheimts.
Hann. Wih. Diehl, Kl. Wolfsgasse 8.
Ludwigshafen. Seb. Prill, Frankfurterstraße 74.
Osterholz-Scharmbeck. Joh. Roth, Boyestraße 38.
Deberan i. S. Paul Jähniß, Mühlberg 74.
Nied (Gau 5). Gust. Stähler, Wilhelmstraße 29.
Schönberg i. M. (Gau 10). Joh. Müller, Petersburgerweg 157.
Muskebel. Joh. M. Wagner, Egerstraße 135 1/2.
Mühlhau. F. Walter, Gr. Mühlstraße 6.

Zinserate.

Zahlstelle Anklam.

Sonntag, den 4. März, abends 9 Uhr, tagt bei Sieberstraße 22, unsere Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des ersten Bevollmächtigten. 2. Vorschläge und Wahl des ersten Bevollmächtigten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehen dem Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen entgegen
1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Bremen.

Sterbefälle der Bremer Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands: **Generalversammlung** am Dienstag, den 28. Februar d. J., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Gartenstraße 21/22.

Tagesordnung:
1. Abrechnung.
2. Wahl der Kassenverwaltung.
3. Verschiedenes.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
1,95 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Einzelmitglieder von Dresden und Umgegend.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Bureau im **Boltshaus**, Mühlbergstraße 2, Zimmer 31, befindet. Geöffnet an Wochentagen von 6 1/2 bis 9 Uhr abends. Reisegeheim wird dasselbst ausgezahlt, ebenso sind alle sachlichen Sendungen dorthin zu richten.
1,50 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hamburg.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß sich der Ausschuss (siehe Zahlstellen-Regulation) konstituiert hat:
1. Vorsitzender: E. Körner, Hamburg 20, Rienderferstr. 95.
2. Vorsitzender: J. Kahl, Hamburg 7, Steinstr. 129, Sps. 3, 2. Et. (bei Rodmann).

1. Schriftführer: S. Brühl, Hamburg 19, Marktstr. 41, 2. Et.
2. Schriftführer: B. Sahle, Hamburg 7, Steinstr. 42, Sps. 2. Et.
Beiführer: G. Ahrens, Hamburg 3, Marienstr. 34, Sps. 5, 2. Et.
Alle Beschwerden sind bei einer der obigen Adressen einzureichen.
1,95 Mk.] Der Ausschuss der Zahlstelle Hamburg.

Zahlstelle Harburg.

Wiederversammlung am Dienstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Kamprecht**, Ratowp 19.
Tagesordnung:
1. Die Anstellung eines besoldeten Beamten.
2. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
3. Unser Vortragsabend.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen notwendig.
1,65 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Magdeburg u. Umgegend.

Am Sonntag, den 4. März, findet im Luisenpark, Spiegelgartenstraße, unser **8. Stiftungsfest**

8. Stiftungsfest

statt, wozu sämtliche Kollegen und Kolleginnen mit ihren Familien freundlichst eingeladen werden. Programme sind bei sämtlichen Hülfskassierern zu haben. Zurzeit arbeitslose Kollegen können unentgeltlich an dem Feste teilnehmen, wenn sie sich vorher melden.
1,80 Mk.] Das Komitee.

Meißen.

Vertrauensmänner: Julius Hermann Herzog, Fischerstraße 23, bei Meißen, und Franz Krause, Fischerstraße 7, bei Meißen. Alle Korrespondenzen sind an ersteren, alle Geldsendungen an letzteren zu richten. Herberge: Restaurant von Schanze, Gerbergasse.
1,20 Mk.] Der Vertrauensmann: J. H. Herzog.

Zahlstelle Tegel.

Nächste Mitgliederversammlung am Sonntag, den 26. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn **Selhaar**, Berlinerstraße 92.
[75 Pf.]

Zahlstelle Ueterßen.

Die Kollegen, welche Kenntnis von dem derzeitigen Aufenthalt des Mitgliedes **Formow** haben, werden ersucht, Mitteilung an untenstehende Adresse gelangen zu lassen.
S. Vogt, Ueterßen, Gr. Sand 7.
[50 Pf.]

Soll und Haben.

Die Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ veröffentlicht jährlich eine Berechnung der Kosten einer nach gesundheitlichen Grundsätzen geregelten Ernährung der Arbeiter. Als Grundlage wird genommen die Ration, die den deutschen Marinesoldaten verabreicht wird. Als Norm für die Berechnung der Lebensmittelpreise dienen die niedrigsten Markthallenpreise mit einem 15prozentigen Aufschlag. Nach dieser Berechnung kostete die Ernährung eines Arbeiters z. B. in Dresden:

	1900	1901	1902	1903	1904
pro Tag	0,73	0,73 1/2	0,74	0,75 1/2	0,76
Jahr	265,50	267,23	269,36	274,95	276,74

Nach einer in Dresden von unseren Kollegen aufgenommenen Statistik kommen auf jeden verheirateten Kollegen durchschnittlich ca. 3 Kinder. Rechnen wir 2 Kinder gleich einem Erwachsenen, so kostete die Ernährung einer fünfköpfigen Familie 1904 zwei mal 276,74 und drei mal 138,37 gleich 966,79 M.

Aber der Arbeiter will nicht nur essen, er will vor allen Dingen auch wohnen. Der Durchschnittspreis einer Wohnung in Dresden ist nach oben erwähnter Statistik 231 M. (Stube, Kammer, Küche). Setzen wir weiter für Heizung und Beleuchtung 50 M., für Ersatz und Reparatur an Möbeln, Wäsche und Kleidung 100 M. und für Steuern, Abgaben z. 50 M., alles sehr niedrig gegriffene Sätze, so ergibt das ein Einnahme-Soll von 1397,79 M.

Wer bei einer Familie von 5 Köpfen obige Einnahme hat, kann leben wie ein — Soldat.

Nun das Haben. An der vorhin erwähnten Statistik beteiligten sich 249 männliche Mitglieder, davon waren 174 verheiratet.

Der durchschnittliche Jahresverdienst der Verheirateten betrug 989 M., der Ledigen 855,60 M. Gesamtdurchschnitt 947,10 M. nach Abzug der Versicherungsbeiträge. Das Einkommen im einzelnen illustriert am besten folgende Tabelle. Es hatten ein Einkommen pro Jahr:

Jahrl. Einkommen	Anzahl	In Prozent	Davon arbeiteten in		Es sind	
			Witwenlohn	Beitrag	verheiratet	ledig
unter 700 M.	8	ca. 3 1/2	1	7	2	6
700—900 M.	91	36 1/2	3	88	50	41
900—1150 M.	96	38 1/2	18	78	83	13
1150—1400 M.	44	14	27	18	81	14
über 1400 M.	9	3 1/2	8	1	8	1

Von 249 Kollegen hatten also nur 9 ein zur Ernährung einer Durchschnittsfamilie ausreichendes Einkommen. Bezeichnend ist, daß bei den Einkommen von 1200 M. aufwärts die Alltagsarbeit bedeutend überwiegt. Das soll kein Lob derselben sein, im Gegenteil, es beweist nur, daß es nur dann dem ungelerten Arbeiter möglich ist, einen halbwegs auskömmlichen Lohn zu verdienen, wenn er unter einem Lohnsystem arbeitet, das ihn zum rücksichtslosen Verbrauch seiner Arbeitskraft zwingt, das Hirn und Hand ununterbrochen in Anspruch nimmt und einen übermäßigen Verbrauch von Arbeitskraft mit Naturnotwendigkeit zur Folge haben muß. Also: Unterernährung oder Ueberarbeitung, oft aber auch beides.

Der Preis für eine Arbeiterwohnung beträgt, wie schon erwähnt, in Dresden 231 M. = 23 Prozent und in den Vororten 162 M. gleich 17 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens verheirateter Arbeiter. Im einzelnen schwankt der Aufwand von 8 bis 40 Prozent. 55 Prozent der Kollegen wohnen in den Vororten, davon arbeitet ein erheblicher Prozentsatz im Stadtdinner, aber die hohen Mietpreise treiben sie an die Peripherie. Zwischen Wohn- und Arbeitsort liegt oft ein Weg von 5 Kilometern und mehr, und durch indirekt verlängerte Arbeitszeit bezahlen die Kollegen die Ersparnis an Miete.

In den meisten Fällen ist der Ausgleich zwischen Soll und Haben nur möglich durch Mitarbeit der Frau. Darüber gaben 53 Kollegen nähere Auskunft:

Von 53 erwerbstätigen Frauen hatten:

9 keine Kinder,
21 je 1 Kind,
9 „ 2 Kinder,
8 „ 3 „
3 „ 4 „
1 „ 6 „
1 „ 10 „

Die erwerbstätige Frau ist gegenüber dem Manne immer im Nachteil, denn sie hat außer der Fron für den Kapitalisten noch die Arbeit im eigenen Haushalt; hat sie Kinder, so steigt diese Arbeit noch bedeutend. Wenn aber eine Frau mit 10 Kindern mit verdienen muß, um die Kinder vor Hunger zu schützen, so ist das zwar ein Verdienst für diese Frau, aber es ist eine Schande für unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung. Wie blutiger Lohn klingt demgegenüber ein Inserat in einem Dresdener Inseratenblatt, in dem

eine Dienerin gesucht wird zur Pflege eines — Schoßhundes. Für einen Hund eine Dienerin und für zehn Kinder noch keine Mutter. Die Proletarierfrauen müssen ihre Kinder fremden Deuten oder sich selbst überlassen, oder sie in Krippen und Pflegeanstalten schaffen, damit sie selbst ungehindert fronden und Mehrwert schenken können für den Unternehmer; die Kapitalistinnen aber halten sich Dienerinnen und Pflegerinnen nicht nur für ihre Kinder, nein, sogar für ihren Hund. Und das nennt man — göttliche Weltordnung.

Aus obiger Zusammenstellung geht klar hervor, daß nur ein Bruchteil unserer Kollegen eine Familie gesundheitlichen Anforderungen entsprechend ernähren kann. Trotzdem heulmeiern die Unternehmer und bürgerliche Arbeiter „Freunde“ über die „Verschwendung“ der Arbeiter und predigen Sparsamkeit als Allheilmittel für die Arbeiter. Aber jede Einschränkung des Konsums hat, außer dem volkswirtschaftlichen Schaden, für die Arbeiter nur die Folge, daß der profitgierige Unternehmer den großen Lohn noch mehr kürzt. Nicht durch Verringerung der Ausgaben, sondern nur durch Vermehrung der Einnahmen, das heißt Erhöhung des Arbeitslohnes, nützt der Arbeiter sich und seiner Klasse.

Bessere Bezahlung seiner Arbeitskraft erlangt der Arbeiter aber nur durch festen Zusammenschluß, durch unermüdeliches, zielbewusstes Kampfen, kurz, durch Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation.

Heinrich Schneider, Dresden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Schwierigkeiten des Kohlenhandels: unzufriedene Industrielle, die kommerziellen Kohlenabnehmer, Verschiebungen im Kohlenbezug und abfall zugunsten anderer Reviere, sowie des Auslandes.

Wenn manche Syndikatsherren sich wirklich eingebildet haben sollten, ein Streik könne ihnen nur nützen, durch willkommene Kühlung der Kohlenlager, durch wucherliche Preiserhöhungen für das bisherige und das kommende Produkt — so wird ihnen vielleicht jetzt schon, nach den vorliegenden Erfahrungen, das düstere Bild etwas weniger schmerzhaft sein.

Die Bieferungen der Kohlenkonkurrenten im Kohlenabsatz haben einen raschen Aufschwung genommen. In den „unfruchtbarsten“ Gebieten, in denen das Syndikat und das Kohlenkontor bisher im allgemeinen im Vorhinein waren, macht sich die Gefahr eines Rückschlages geltend, der auch später nicht so leicht wettzumachen ist wird. Ja, selbst die Scharfmacherbundesgenossen von der rheinisch-westfälischen Industrie fangen an, aus Bewunderern der Syndikatsstatistik zu Zweiflern zu werden: die industriellen Rivalen in Schlesien und Sachsen und anderwärts leiden unter den Schwierigkeiten des Brennstoffbezuges gar nicht oder nur wenig, ihnen ist also der Wettbewerb mit den verächtlichen Nebenbuhlern im Westen wesentlich erleichtert. So soll die sächsische Maschinenindustrie, sich manches Zugewanns an Aufträgen erfreuen, weil die westfälischen Maschinenbauanstalten in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigt sind und mit Vertragsabschlüssen sehr vorsichtig sein müssen. Für die schlesische Eisenindustrie ist die westfälische Konkurrenz mehr als sonst ausgefallen. In der nächsten Nähe des Syndikats wird es deshalb bald leiser und verlassener aussehen, als es zunächst den Anschein gewinnt.

Ja, die eigenen kommerziellen Abnehmer, des Syndikats und des Kontors, dürften mit der Zeit rebellisch werden. Diese Zwischenhändler sind durch ihren Vertrag gebunden, sich ausschließlich auf Syndikatskohlen zu stützen. Ihre alten und neuerentstandenen Konkurrenten können sich helfen durch den Bezug von Kohlen aus dem Saarrevier, aus Böhmen, aus England, aus Sachsen, aus Schlesien; das freie Handelskapital wird nach Kräften diese Verbindungen entwickeln, während die Zwischenhändler des Syndikats auf das Trockne gesetzt sind und fremde Bögel sich in ihrem warmen Neste bequem machen sehen. Der Handel, mit dem das Syndikat seine Geschäfte macht, ist verpflichtet, auf nicht syndizierte Kohlen vollständig zu verzichten, sie

„weder zu kaufen noch zu vertreiben, sei es unmittelbar oder mittelbar, widrigenfalls die Preise für sämtliche zwischen Ihnen und uns bestehenden Lieferungsverträge sich für die ganze Vertragszeit um 50 Pf. pro Tonne erhöhen.“

Das Vertragsjahr läuft jetzt seit dem 1. April; alle monatlang zurückliegenden Bezüge wurden also nachträglich noch verrechnet werden, wenn diese Händler ihre regelmäßigen Verkäufe in der Weise aufrecht erhalten wollten, wie ihre kommerziellen Nebenbuhler das können. Solche Abmachungen sind für Zeiten normaler Entwicklung ganz schon ausgeübt und richtig berechnet, um die Absatzorganisation des Syndikats einheitlich anzuschließen. Unter den heutigen Umständen erzeugen sie abermals Feinde im eigenen Lager.

Eine Vereinfachung über die eingetretene Verwickelungen im Kohlenbezug und Kohlenabsatz ist natürlich heute noch nicht möglich. Einige allgemeinere Hinweise scheinen jedoch am Platze.

Die deutschen Reviere, mit deren Erzeugnis die rheinisch-westfälische Kohle bisher schon immer im Konkurrenzkampf lag, und die jetzt, je nach den einzelnen Industriegebieten, stärker als Erzeugnisse herangezogen werden können, sind bekanntlich Schlesien, der Saarbezirk, Sachsen (Plauenischer Grund, August-Delitzsch, Zwickau), ferner noch einige Striche im nordwestlichen Deutschland zwischen Bettin und Söbjan, im Westfälischen — ferner am Südrande des Harzes sowie in der Gegend von Hannover und Osnabrück, in Oberbayern: bei Wiesbad, Pörsberg und Peiffenberg, an der Inn bei Kamebach und am südwestlichen Abhang des Franzenwaldes — fast alles fortwährende Produktionsstätten, während die Werke an der Inde und Worm bei Kachen, die nach Deutschland hereinragenden Fortsetzungen des großen belgischen Beckens, längere Zeit still blieben.

Die folgenden Zahlen zeigen allerdings ein bedeutendes Übergewicht des Ruhrbeckens (des Oberbergamtsbezirks Dortmund). Die ganze Kohlenproduktion im Deutschen Reich wird nämlich sorben in den, vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel und Industrie“ für das Jahr 1904 in Tonnen (à 20 Zentner = 1000 Kilogramm) beziffert:

Oberbergamts-Bezirk	Steinkohlen Tonnen	Braunkohlen Tonnen	Koks Tonnen	Briketts und Kohlpfeiler Tonnen
Halle a. S.	6981	32 546 844	—	6 130 411
Glauchthal	900 471	692 151	83 527	62 208
Dortmund	67 469 557	—	10 776 629	1 890 128
Bonn	13 895 751	6 803 888	598 511	1 780 190
Breuzen	112 808 409	41 126 856	12 268 436	10 102 478
Sachsen	4 794 295	1 915 135	62 727	300 897
Essen-Rottfingen	1 730 709	—	—	—
Bayern	1 341 314	52 318	—	—
Summa ganz Deutschland	120 694 093	48 500 222	12 331 163	11 413 467

In einem vollen Ertrag der Ruhrkohle durch andere deutsche Reviere ist also sicherlich nicht zu denken. Dagegen können vorübergehend und ausfallsweise die anderen Reviere einen recht fühlbaren Einfluß ausüben, zumal überall zunächst noch Vorräte älterer Erzeugnisse als „Reserven“ in Wirklichkeit treten. So haben in der Woche vom 3. bis zum 21. Januar die sächsischen Staatsbahnen an deutscher Steinkohle mehr verfrachtet wie in der gleichen Woche des Vorjahres 25 235 Tonnen, dazu an Braunkohle und Koks (immer deutschen Ursprungs) 2553 Tonnen, Briketts 16 286 Tonnen. Am 28. Januar wurde den Blättern aus Ober-Schlesien gemeldet, die Förderung auf den dortigen Gruben sei bis an die Grenze des im Augenblick Möglichen ausgedehnt, selbst die eiserne Befände würden angegriffen, um der täglich wachsenden Nachfrage nach Kräften nachzukommen; die Verladungen erreichten Donnerstag (26. Januar) 8295 Doppelwaggons gegen 5539 am entsprechenden Verladetage des Vorjahres; seit fünf Jahren waren nicht so hohe Verladungsziffern wie jetzt zu verzeichnen.“ Selbst im rheinischen hat die Braunkohlenproduktion kräftig eingegriffen, wie sie überhaupt in allen Teilen Deutschlands bemüht ist, ihr zugänglichen Streifen des industriellen und häuslichen Verbrauchs stärker zu besetzen.

Nach rascher und energischer können natürlich die großen Leistungsfähigen Produktionszentren des Auslandes in die Preise springen. Die Ausfuhr des Auslandes an Steinkohlen war im Jahre 1904 noch immer fast ebenso groß, wie die Produktion aller nichtpreussischen deutschen Steinkohlenreviere zusammen genommen. Sie betrug nämlich 7 299 042 Tonnen, davon über 5,8 Millionen Tonnen aus England, 633 665 Tonnen aus Oesterreich-Ungarn, 636 967 Tonnen aus Belgien. Braunkohlen führte Deutschland 7 669 099 Tonnen ein, fast ausnahmslos aus Oesterreich-Ungarn. Die böhmische Kohle hat Sachsen und die Elbstraße in unmittelbarer Nähe. Der englische Kohle ist es ein leichtes, die deutschen Küstenhäfen, darunter die wohlhabendsten deutschen Handelszentren, zu erreichen, und auf den Flüssen und Kanälen in das Innere vorzudringen. Ist es doch noch gar nicht lange her, wo Magdeburg wasserwärts fast nur mit böhmischer und englischer Kohle versorgt wurde, während zuletzt schlesische, westfälische und englische Kohle hier zusammenstießen. Berlin, bis 1848 fast nur die englische Kohle gebrauchend, verwendet heute noch regelmäßig große Mengen davon; erst seit 1849 drang hier die schlesische Kohle vor, zuletzt auch die der Mitte und des Westens. Viel hängt hier selbstverständlich von der Bitterung und der Offenhaltung der Wasserläufe ab, ferner von der Tarifpolitik der Eisenbahnen; aber die Expansionskraft des Auslandes wird bei drängendem Bedarf immer eine große bleiben. So ist denn der erwähnte Statistik der sächsischen Staatsbahnen hinzuzufügen, daß in der Woche vom 15. bis 21. Januar 94 118 Tonnen böhmischer Braunkohle befördert wurden gegen 77 332 Tonnen in derselben Zeit des Vorjahres, sodas im ganzen, bereits in der ersten Woche der Streikwirkungen, 58 358 Tonnen Kohlen aller Art mehr befördert wurden. Das Falkenauer Revier, das zugleich für das eigentliche Sächsischland in Frage kommt, hat seine Förderung um 30 Prozent gesteigert. Im Westen hat man sichleuchtig belgische Kohle herangezogen, um das Stilllegen von Häfen, Stahl- und Walzwerken zu vermeiden; die Transportfähigkeit der belgischen und preussischen Eisenbahnen war dem ersten Ansturm in keiner Weise gewachsen. Der englische Kohlenmarkt erlebte binnen einer Woche Preissteigerungen für Kohle um rund 2 Schilling pro Tonne, also um etwa 10 Prozent — eine Uebertriebung, der rasch eine gewisse Reaktion folgte. Im Gendener Hafen, der bei der Schaffung des Dortmund-Ems-Kanals als großes Ausfallstor gegen die englischen Kohlenabsatzgebiete auf dem Kontinent gedacht war, waren am 21. Januar schon so viele Kohlendampfer mit englischen und schottischen Kohlen eingetroffen, daß ununterbrochen der Tag und Nacht gelöscht wurde und ganze Kohlenzüge bis 100 Wägen nach dem Hinterland abgingen. In Rahrort selbst waren für den 27. Januar englische Dampfer gemeldet; da das Wetter mild ist, erwartet man eine rege Zufuhr auf dem Rhein aus England.“ Ja, die holländische Agentur des westfälischen Kohlenkontors, so, um alte und neuerworbene Geschäftsverbindungen nicht abweisen zu lassen, die Einhaltung der kontraktlichen Lieferungen zum Kontraktpreise zugesichert haben, vorbehaltlich eventueller Lieferungen von nordenglischer statt westfälischer Kohle!

Die Stellung des Ruhrmonopols im Westen ist also keineswegs so glänzend und so gesichert, wie das die Grubenherren geglaubt haben, und heute noch anderen gern glauben machen. Die Industrie in Mittel- und Sächsischland sowie im Osten kann sich helfen, und wenn es die im Westen nicht können sollte, so wäre der Konflikt unter den sonst so eng verbündeten Scharfmachern selber da. Die eigentlichen Syndikats-händler können es sich nicht lange gefallen lassen, an Händen und Füßen gebunden zu sein, während die Konkurrenz und fündige Gelegenheitsmacher belgische, englische und andere Kohlenlieferungen in Massen vermitteln. Das Syndikat kann ferner zahlreiche Geschäftsbeziehungen nicht nach Belieben verlassen lassen und gefährden. Wenn man die Augenheiten und das Ausland erst mit nicht geringen Mühen und Kosten nach Kräften ausgeschaltet hat, so kann man ihrem neuen Vordringen nicht die Tore sperrangelweit öffnen wollen.

Die Einbußen für die deutsche Produktion sind freilich ebenso bedauerlich wie unabänderlich. Aber im Augenblick muß man sie mit in Kauf nehmen, um des wichtigen Ziels willen: um die Ueberhebung und die Verfröhdtheit der rheinisch-westfälischen Monopolisten zu brechen.

Berlin, 20. Januar 1905.

Max Schippel.

Gau 6.

Tätigkeitsbericht vom 1. Mai bis 31. Dezember 1904. Ein gut Stück Arbeit liegt hinter uns, welches in der Zeit, auf die sich unser Bericht erstreckt, geleistet werden mußte, um unsere

Organisation in dem so überaus schwierigen Terrain etwas vorwärts zu bringen. Die Agitation wurde auf jede nur denkbare Art getrieben, und ist im allgemeinen auch wieder ein Fortschritt zu bemerken, doch steht derselbe zu dem angewendeten Maße in gar keinem Verhältnis. Durch die große Zahl der lässlichen Arbeiter, die in den größeren Industriezentren beschäftigt werden, wird die Organisation sehr gehemmt, da gerade diese zum Teil es sind, welche die Lohnrücker machen und vom Verbande nichts wissen wollen. Deshalb ist es die Zukunft dringend notwendig, daß mehr Agitation in den ländlichen Orten betrieben wird. Neugegründet wurden die Zahlstellen Schorndorf, Seidenheim und Pforzheim, welche sich auch gut entwickeln haben, desgleichen berechtigt die Entwicklung der Zahlstellen Redarjain, Sulgan im Schwarzwald, Reutlingen, Straßburg zu den besten Hoffnungen. Durch eine intensive Agitation, die in Heilbronn diesen Sommer durch Fabrikversammlungen entfaltet wurde, gelang es, eine bedeutende Vermehrung der Mitglieder zu erzielen, leider ging selbster, besonders durch die Beitragserhöhung, wieder ein Teil verloren. Auch in Göttingen wurden eine volle Woche jeden Tag Versammlungen abgehalten und auch dort Fortschritte erzielt. In Feuerbach will die Sache immer noch nicht klappen! In diesem Ort, welcher eine bedeutende chemische Industrie besitzt, sind 1000 Fabrikarbeiter beschäftigt; aber trotz aller Agitation fällt es sehr schwer, dort vorwärts zu kommen. Die niedrigen Löhne und die Rücksichtslosigkeit der Arbeiter sind die Hauptursachen des so unwilligen Verhaltens derselben. Sodann ist die Gegenagitation der Metallarbeiter, die in der zweiten Hälfte des letzten Jahres immer mehr um sich griff, ebenfalls ein Hindernis, das wir in der Agitation zu berücksichtigen haben. — Eingegangen sind die Zahlstellen Wöhrbach, Raboldswald, Mühlbach und Lohr. In letzterem Orte war längere Zeit nur noch ein Mitglied vorhanden und wurde vom Kartell nicht das mindeste getan, um die Organisation zu festigen; desgleichen in Wöhrbach. In Mühlbach war es die Gegenagitation der Metallarbeiter, die unsere Zahlstelle (23 Mitglieder) sprengte. In Lohr sind dieselben nicht übergetreten, jedoch die Leute nun keiner Organisation angehören. In Raboldswald war es die Angst vor Mahregelung, welche die Kollegen veranlaßte (da alle in einem Betriebe beschäftigt waren), die Zahlstelle aufzulösen. Redarjain wurde mit Heilbronn vereinigt, ebenso Mühlbach mit Göttingen. Lohnbewegungen fanden keine statt. Lohnunterschieden waren zu vergleichen in Heilbronn (Zementgeschäft Mühlbach) und in einem Betriebe in Feuerbach. Zur Belebung der Agitation fanden statt: 35 öffentliche Versammlungen, 77 Geschäftsversammlungen. 69 mal wurden vom Gauverband selbst die Einladungen verteilt. Öffentliche Vorlesungen über die sozialpolitische Gesetzgebung wurden durch die Zahlstellen 13 arrangiert und vom Gauverband abgehalten. In 10 Versammlungen hat der Vorstand Bericht vom Verbandstag erlassen, Mitgliederversammlungen beigewohnt 18 mal, Sitzungen mit den Zahlstellen 14, desgleichen Gau 8. Ferner fanden 3 Sitzungen mit der hiesigen bestehenden Agitationskommission der Arbeiterinnen statt; mit Stuttgart, Unterfranken, Oberfranken, Garmisch zwei Sitzungen betreffs Vereinigung. Briefe zur Hausagitation wurden 422 versandt. Der Gewerbeinspektor wurde 6 mal Mitteilung über Missstände gemacht. Artikel über Verhältnisse in Fabriken gelangten 4 zur Veröffentlichung. Kunststoffe wurden 6 mal verteilt. Druckfachen zur Agitation wurden 4780 Stück verbraucht (Einladungen, Plakate u.). Extra-Flugblätter (zum größten Teil auf Kosten der betreffenden Zahlstellen) wurden 2300 versandt. Schriftstücke wurden 1560 vervielfältigt. Einladungsblätter wurden vom Gauverband zu Geschäfts- und öffentlichen Versammlungen 23360 angefertigt. Briefe, Karten, Pakete, Druckfachen gingen 600 aus, 417 ein. Revisionen fanden 8 statt. — Der Wunsch der Mitglieder-Versammlungen, der immer viel zu wünschen übrig ließ, wurde in den letzten Monaten durch Arrangierung von Erziehungsvorträgen zu heben versucht und zwar mit gutem Erfolg. Es gelang bei solchen Gelegenheiten auch, die Frauen für unsere Sache zu interessieren. Einem Vorfalle, der sich unlängst in einer Seifenfabrik zugetragen hat, sei noch Erwähnung getan. Ein Hund, der die Kasse über in der Kantine eingesperrt war, vernichtete dieselbe; bis zum Abend war der Kot noch nicht beseitigt. Die Leute versperren und essen zu Mittag dort, weshalb sich einige Arbeiter dagegen auflehnten. Der Kantinengewaltige antwortete: „Ihr wäret noch froh, wenn ihr das zu freffen hättet, was mein Hund...“ Dies ein Beispiel, welche Behandlung den Leuten dort zuteil wird, wo sie nicht organisiert sind. — Da nunmehr unsere Unterstufungsvereinigungen, wie sie auf dem letzten Verbandstag beschlossen wurden, ein gutes Agitationsmittel darstellen, wird es möglich sein, die in so großer Zahl noch vorhandene unorganisierten Arbeitermassen aufzuräumen. Wenn jedes Mitglied seine Pflicht tut, werden wir trotz aller Hindernisse unaußhaltbar vorwärts schreiten.

Garmisch, im Januar 1905.

R. Börner.

Korrespondenzen.

Mitaua. In der Mitgliederversammlung am 26. Januar bei Jels, Str. Bergstraße 136, wurde die Abrechnung vom 4. Quartal genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Ueber die Verhandlungen betreffs Zusammenfassung der Zahlstellen Mitaua, Ottenen und Langenselbe wird Bericht erstattet. Dem schließt sich eine kurze Aussprache an, in welcher auch die Frage eines eventuellen Anschlusses an die Zahlstelle Hamburg hingenommen wurde. Von den Rednern wird betont, daß für das der Zeitpunkt noch nicht gekommen, um an Hamburg anzuschließen, da die Hamburger noch genug zu tun haben, auch bei eventueller Anstellung eines dritten Beamten, um die Verhältnisse in dem großen Gebiete zu regeln. Für Mitaua und Umgebung würde dann auch keine Zeit übrig sein. Deshalb sei auch die Kommission zu dem Anschlusse gekommen, der Versammlung die Aufstellung eines besonderen Geschäftsführers für die Zahlstellen Mitaua, Ottenen und Langenselbe zu empfehlen, da bei der jetzigen Lage der Verhältnisse es nicht möglich sei, die Agitation, sowie die Geschäfte so zu führen, daß sie zum Vorteile für die Organisation sind. Besonders wenn zum 1. Oktober die Gewerbeschlossenunterstützung in Kraft tritt, sei dem Bevollmächtigten eine genaue Kontrolle wünschenswert, wenn sie am Tage ihrer Selbstbestimmung nachgehen sollen. Weiter wurde die Erhebung eines Extrabeitrages erörtern. Die Abrechnung sei für einen Anschlag nach Hamburg keine Einwendung; für einen besoldeten Beamten eine Majorität, jedoch wurde die Erhebung eines Extrabeitrages abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen werden in einer späteren gemeinsamen Versammlung der drei Zahlstellen geführt. Dann wurde ein Schreiben des Gauverbandes betreffs Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in Seifenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verlesen, und die Mitglieder ersucht, dem Vorstand bei Ermittlung derselben behilflich zu sein. Des weiteren wurde noch ein Antrag von der Zahlstelle der Hülfsfabriken an den Gauverband verlesen, und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die jetzt in Berlin stattfindenden Verhandlungen nicht zum Nachteil der in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen ausfallen werden. Dem Vorstande Bergarbeitern werden als erste Rate 50 Mark bewilligt.

Hagenburg. Unsere Zahlstelle hielt Sonntag, 2. Januar, im „Waldesberg Hof“ ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der zweite Bevollmächtigte gab den Jahresbericht, worauf ihm Decharge erteilt wurde. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde vom Kollegen Haber schriftlich eingereicht, da letzterer

wegen schweren körperlichen Leidens am Erscheinen verhindert war. Öffentliche Versammlungen waren im vergangenen Jahre 2, Monatsversammlungen 15, Sitzungen der Bevollmächtigten 6. Hierzu wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht, welche im wesentlichen einige Änderungen ergaben. Beim Punkt Verschickendes wurde besonders vielseitig der Wunsch laut, daß in Bälde ein Arbeitersekretariat errichtet werden solle, was für eine Stadt wie Hagenburg mit einer so großen Arbeiterbevölkerung von besonderem Nutzen wäre. Für diese Sache läßt sich sagen, wurde dem Kollegen Pirner der Auftrag gegeben, welcher den Bericht vom Gewerkschaftsverein erstattete, ebenso auch dem Kollegen Herrmann, die beide als Delegierte in den Gewerkschaftsverein gewählt wurden. Hierzu betonte der neue Bevollmächtigte Kollege Pirner, daß die Zahlstelle Hagenburg, wenn auch langsam, so doch stetig im Wachen begriffen ist, was besonders erfreulich sei. Kollege Pirner erwähnte zum Schluß die Anwesenden, trenn zum Verband zu halten und fleißig zu agitieren, d. h. noch mehr als bisher auf die noch Indifferenten einzuwirken, damit die Organisation immer mehr an Macht gewinne.

Breslau. Am 29. Januar tagte eine öffentliche Versammlung, in welcher Arbeitersekretär Reutlich über die Lage und Arbeitsbedingungen der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen sprach. Redner drückte einleitend sein Bedauern aus, daß es unter den Arbeitern noch so viele gebe, die sich wenig oder gar nicht um ihre Arbeitsverhältnisse kümmern, ohne zu bedenken, welchen Schaden sie sich selbst durch ihre Gleichgültigkeit zufügen. Während die getrennten Arbeiter sich schon längst zu Berufsorganisationen zusammengeschlossen und dank ihrer regen Agitation schon wesentliche Vorteile erzielt haben, seien die nach Tausenden zählenden unorganisierten Fabrikarbeiter zum großen Teil unorganisiert. Und doch hätte gerade diese Arbeiterkategorie Ursache, sich zusammen zu schließen. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen seien die denkbar ungünstigsten. Redner zählte zur Beweise dafür eine Reihe von Fabriken auf, in welchen 12, höchstens 14 Mark Wochenlohn gezahlt werde, und nicht etwa für junge Leute, sondern für verheiratete Arbeiter, welche schon eine Reihe von Jahren in den betreffenden Fabriken in Arbeit ständen. Bei den Arbeiterinnen liegen die Verhältnisse noch viel ungünstiger. Diese erhalten Wochenlöhne von 4 bis 5 Mark. Die Lohnsätze erreichen nicht einmal die von der Regierung für Breslau festgesetzten Tagelöhne. Nicht nur daß die Arbeiter bei diesem geringen Lohn mit den größten Entbehrungen zu kämpfen haben, er wird ihnen auch in Krankheiten und Betriebsunfällen oder Unfällen durch verhängnisvoll. Nach dem Lohne werden die Krankengelder, Invaliden- und Unfallrenten bemessen; je niedriger derselbe, desto niedriger die Rente. Das müssen sich die Arbeiter stets vor Augen halten. Die Betriebsjahre in der Fabrik sind sehr groß, bei der anstrengenden Arbeit und der Hitze, unter der gearbeitet werden muß, sind die Arbeiter der Unfallgefahr sehr leicht ausgesetzt. Wieviel Rente erhalten aber die Leute, wenn ihr Jahresverdienst unter 900 Mk. beträgt? Es ist die höchste Zeit, die Lage zu verbessern, dazu gibt es aber nur ein Mittel, und das ist die Organisation. Ein kleiner Teil hat sich bereits angeschlossen; das genügt jedoch bei weitem nicht, bessere Arbeitsbedingungen für die Gesamtheit zu schaffen. Alle müssen in den Verband hinein, dann werden wir auch der Ausbeutungspolitik der Unternehmer einen Damm setzen können. — Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Nach einer kurzen Debatte wurde eine Resolution angenommen, in welcher anerkannt wird, daß die Breslauer Verhältnisse in Fabriken miserabel sind, und die Kollegen und Kolleginnen sich verpflichten, dem Verbandsbeizutreten. Eine Anzahl ließ sich sofort aufnehmen.

Breslau. Die letzte Mitglieder-Versammlung befaßte sich mit der Verlegung des Vereinslokals. Der Ort Wienholz hat uns sein Lokal gebietet. Es wurde beschlossen, in Brinkum bei Herrn Besten und in Besse bei Fr. Dreyer zu verkehren und umgehend dort die Mitglieder-Versammlungen abzuhalten. Einstimmig wurde beschlossen, den freiliegenden Bergarbeitern 40 Mk. aus der Lokalkasse zu bewilligen.

Greifswald. Dienstag, den 31. Januar, tagte hier eine öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung lautete: „Worum organisieren wir uns?“ Der Referent war hierzu der Kollege R. Wiefenhütter. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in einfühligerem Vortrage und fand am Schluß seiner Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion beteiligten sich einzelne Kollegen, welche in aufmunternden Worten die Anwesenden aufforderten, der Organisation beizutreten. Nach Schluß der Versammlung trafen sich 6 Kollegen annehmen. Hoffentlich werden die Kollegen die persönlichen Reibereien jetzt beiseite lassen, ist doch wegen derselben die Zahlstelle fast zugrunde gegangen. Ferner müssen sie die angebotene Unterstützung des Kartellverbandes annehmen und nicht unbedacht lassen.

Hagenburg. Am Sonntag, den 22. Januar 1905, tagte im Lokale des Herrn Kamprecht am Stamm unsere Mitglieder-Versammlung. Zunächst hielt Genosse Baerer einen Vortrag über: „Die Macht des Geldes“. Redner meinte, so lange es Kapital auf der einen und Arbeit auf der anderen Seite gebe, sei keine Befreiung möglich. Die Arbeiter würden stets um ihre Existenz und ihre Befreiung kämpfen müssen, wie jetzt die Bergarbeiter im Ruhrrevier um ihre Menschwürde einen erbitterten Kampf zu bestehen haben. Vor 15 Jahren seien bei den Bergarbeitern bessere Arbeitsbedingungen versprochen worden, aber viel weiter sei die Regierung nicht gekommen. Nur durch starke Organisationen könne sich der Arbeiter sein Los verbessern. Der Vortrag wurde mit großem Beifall entgegengenommen. Beim 2. Punkt gab der Kollege Broods einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Es fanden 11 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen statt. Ferner wurden 59 Sitzungen der Bevollmächtigten und Revisoren und 6 große Kaffeezerstörungen abgehalten. Im letzten Halbjahre sind 297 Mitglieder gewonnen worden. Im letzten Jahre wurden am Orte ausgegeben an Reiseunterstützung 140 Mark, für Rechtschutz 14,45 Mk., Gewerkschaftsunterstützung 166 Mk., Umzugsgehilfe 433,50 Mk., Steuerbeleg 825 Mk., Lohnunterstützung 561,60 Mk. Kollege Geldner stellte den Antrag, alle 3-4 Wochen eine Mitglieder-Versammlung stattfinden zu lassen. Es bleibt jedoch dem Vorstande überlassen, die geeignete Zeit zu bestimmen. Kollege Martens ist für rege Agitation unter den Jute- und Sammlarbeitern. Genosse Mühlbach die Arbeiter auf der Eisenfabrik sich endlich dem Verbandsverbande anschließen zu lassen. Zum 3. Punkt verlas der Kollege Martens die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Abrechnung von der Lokalkasse verlas Kollege Böger. Es wurde auf Antrag dieses Entlassung erteilt. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Broods, als zweiter Kollege Martens, als dritter Kollege Böger, als Revisoren Martens, Dreyer und Mühlbach und als Lokalkassierer Kollege Böger einstimmig wiedergewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftsverband wurden die Kollegen Dreyer, Geldner, Böger, Martens, Dreyer und Mühlbach gewählt. Auf den Kollegen Broods wurde die Wahl als Diskussionsführer für den fünften Distrikt. Ferner geschworen die Versammlung den Verband zu beschließen, 100 Mark an das Kartell abzugeben für die freiliegenden Bergleute. Kollege Broods forderte auf, auch fernerhin für die Streikenden zu tun, was in den Kräfte der Mitglieder liegt.

Jachow. Donnerstag, den 28. Januar, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich über die Einführung von Betriebsbestimmungen. Es wurde durch Beschluß des Bevollmächtigten die Ermächtigung gegeben, Bestimmungsmänner für die einzelnen Betriebe zu er-

nennen. Es wurde beschlossen, einen Extrabeitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Woche auf die Dauer von vier Wochen zu erheben. Der Betrag soll den freiliegenden Bergarbeitern zur Verfügung gestellt werden. Der Bevollmächtigte forderte die Diskussionsführer auf, daß sie die arbeitslosen Mitglieder anhalten, sich jeden Freitag und Sonnabend beim Bevollmächtigten zu melden, damit ihnen dieser Betrag einfließen kann. Zum Schluß wurde beschlossen, die Protokolle vom Verbandstag in Umlauf zu bringen und für jedes Exemplar 20 Pf. zu erheben und den Mehrertrag der Lokalkasse zu überweisen.

Leipzig. In der am 28. Januar tagenden Mitglieder-Versammlung, die im „Hollhaus“ tagte, hielt Genosse Meyerhager einen heftigsten aufmunternden Vortrag über Unfall- und Krankenversicherungsgesetze. Anschließend an die entflammende Diskussion wurden Kandidaten zu den Vertretern gewählt zur Generalversammlung der Ortskassentafel aufgestellt. Es sind aufgestellt 14 Kandidaten als Vertreter und 5 als Stellvertreter. Zur Unterstützung des Gauverbandes wurde eine Agitationskommission, aus 6 Personen bestehend, gewählt. Einer allgemeinen abfälligen Kritik wurde das Vorgehen der Metallarbeiter in mehreren Werksstellen gegen Mitglieder unseres Verbandes unterzogen. Dies Vorgehen wurde als unwürdiges Abjagen von Mitgliedern bezeichnet. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Mitglieder ersucht, jede Arbeitsgelegenheit im Bureau zu werden, damit die Arbeitslosigkeit der Kollegen nach Möglichkeit verringert wird. Zum Schluß wurden die anwesenden Kollegen aufgefordert, Mann für Mann dem Anwartsverein beizutreten und den freiliegenden Bergarbeitern tatkräftige Unterstützung angedeihen zu lassen.

Siebel. Freitag, den 27. Januar, tagte im Vereinslokal eine Extra-Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Der Generalstreik im Ruhrgebiet. Den Kartellbericht gab der Kollege Radde, auch hielt derselbe zu Punkt 2 der Tagesordnung das einleitende Referat und ersuchte die Anwesenden, soweit wie möglich die Bergarbeiter zu unterstützen. Es folgte nun eine sehr lebhafteste Debatte und sprachen die Kollegen sich im Sinne des Referenten aus. Es wurde sodann beschlossen, für diese Woche 300 Mk. und für die nächste Woche 200 Mk. zu bewilligen. Ein Antrag, eine Steuer von 25 Pf. pro Mitglied und Woche zu bezahlen, wurde abgelehnt. Der Antrag, Sammelbriefe durch die Diskussionsführer bei den Mitgliedern zu verteilen zu lassen, wurde angenommen. Somit ist jetzt den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich an der Unterstützung recht rege zu beteiligen.

Stettin. Im Auftrage der in der Stettiner Seifen- und Kerzenfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatte der Gauvorsitzende Kollege Wiefenhütter ein Gesuch um Bekräftigung der Arbeitszeit (pro Tag 10 Stunden) an die Direktion eingereicht. Denn in dieser Fabrik wurden Arbeiter entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel; hiermit waren die Kollegen nicht einverstanden, sie meinten, daß in der Fabrik noch genügend Arbeitsgelegenheit wäre. So arbeiten die Herren Vorarbeiter dieser Fabrik aus eigenem Antriebe 13-14 Stunden pro Tag, um für sich durch die vielen Ueberstunden ein größeres Gehalt herauszuschlagen. Doch auch die Arbeiter in der Kerzen-Abteilung müssen 13-14 Stunden pro Tag arbeiten bei wenig oder gar keinen Pausen. Nun meinten die dortigen Arbeiter, daß der Herr Direktor von den vielen angelegten Ueberstunden durch die Vorarbeiter nichts wüßte — und daß der Direktor selbst gegen die lange Arbeitszeit sei —, aber nur die Vorarbeiter es seien, welche dem Direktor über die tägliche Produktion falschen Bericht geben. Deshalb sollte dem Herrn Direktor einmal die ganze Angelegenheit in sachlicher Weise geschildert werden. Das ist denn auch geschehen. Aber leider fehlt dem Direktor auch das Verständnis für die betriebstechnischen Vorteile einer kurzen Arbeitszeit, wie ihm auch jede Wertschätzung der Bedeutung der Organisation der Arbeiter ermangelt. Die vermittelnde Tätigkeit des Organisationsvertreters lehnte der Herr mit folgenden Worten ab:

Herrn R. Wiefenhütter, Stettin, Verbindungsstr. 4.
Wir empfangen Ihre werthe Zuschrift vom 28. d. Mts. und teilen Ihnen in deren Erledigung mit, daß wir angesichts der unbedingten Forderung, in welcher unsere Geschäfts- und Betriebsleitung an unserer gesamten Arbeiterschaft steht, die vermittelnde Tätigkeit einer dritten Person als nicht erforderlich ablehnen müssen.
Gruß,
Stettiner Kerzen- und Seifenfabrik.
Der Vorstand.
Heger.

Trotz der „engen Fühlung“, welche die Geschäftsleitung mit ihrem Arbeitspersonal hat, hat man bis jetzt noch nicht für nötig befunden, von selbst zu fragen, welche Wünsche die Arbeiter an die Geschäftsleitung zu stellen haben. Daß die Geschäftsleitung dieser Fabrik mit Vertretern der Organisation zu verhandeln ablehnt, liegt daran, daß die dortigen Arbeiter erst zur Hälfte und leider auch erst in der letzten Zeit der Organisation beigetreten sind. Mancher Betriebsbelegner, der es ablehnt, mit der Organisation über Arbeitsverhältnisse zu verhandeln, verhielt sich dann weniger ablehnend, wenn er den Einfluß der Organisation kennen gelernt hatte. Es liegt an den auf der Seifenfabrik beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, dem Herrn eine andere Auffassung über die so schädliche Ueberstundenarbeit zu geben und die Organisation beizutreten.

Leipzig. In einer außerordentlichen Versammlung, die am 29. Januar tagte, referierte Kollege Radde über das Thema: „Der Generalstreik im Ruhrrevier“. Im Anschluß daran wurde beschlossen, den Bergarbeitern 500 Mk. aus der Lokalkasse zu gewähren. Sodann wurden die Kollegen noch aufgefordert, Sammelbriefe in ihren Werksstellen zu verteilen zu lassen, damit den im Ueberstunden Befindlichen noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde vom Kollegen Zimmermann eine Anordnung des Vorstandes bekannt gegeben, nach welcher sich die fernere Unterstützung der vom Brauerarbeiterstreit vertriebenen Mitglieder regeln soll. Diese sollen nach den Voraussetzungen und Satzungen der Arbeitslosenunterstützung noch Unterstützung erhalten. Eine aus diesem Anlaß entstehende Debatte endete damit, daß beschlossen wurde, den arbeitslosen Kollegen 6 Mk., den verheirateten 12 Mk. Unterstützung zu geben und zwar vom 4. Januar bis 1. März. Eine die Woche vor dem 4. Januar geleistete Unterstützung wird als Weihnachtsgabe gerechnet.

Worms. Sonntag, den 5. Februar, sprach im Gewerkschaftshaus in einer öffentlichen Versammlung Kollege Ansdahl aus Offenbach über: „Die Frau im Kampfe der Menschlichkeit“. In seinen sehr interessanten Ausführungen schilderte Redner die bestehenden Zustände des Frauenrechtes im Altertum bis zur Gegenwart, betonte, daß die Frauen heute in vielen Fällen die Lohnrücker der Arbeiter in den Fabriken bilden, der Unternehmer sucht sie trotzdem immer mehr auszunutzen, bis dies endlich dem Siedepunkte verfallen und dann auf Pfahler geworfen werden. Es ist daher Pflicht der arbeitenden Frauen, sich der Organisation anzuschließen, um zu gleicher Zeit mit dem Mannes Schulter an Schulter gegen den Kapitalismus, sowie für Verbesserung ihrer Existenz zu kämpfen. Zum Schluß appellierte er nochmals an die anwesenden Frauen, ihren Männern den Bestimmungsbefehl nicht zu verweigern. Für seinen sehr interessanten Vortrag wurde ihm reichlicher Beifall erteilt. Nach einer kurzen Diskussion schilderte Kollege Ansdahl den Kampf im Ruhrgebiet in ausführlicher Weise und wies auf das Solidaritätsgefühl der deutschen Arbeiterschaft hin. Ebenfalls wurde auch hier ein nennenswerter Beitrag für die freiliegenden Bergarbeiter abgeliefert.